

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Der blinde Fleck

Weil Mikrochips fehlen, wurden Millionen Autos nicht gebaut



Im Dauerclinch

Konzernbetriebsrat gegen Widerstände gegründet



Weniger Praktika

Soziale Folgen der Coronapandemie



[BOECKLER.DE/HANS](https://boeckler.de/hans)

GESTATTEN? HANS.

Die aktuellsten Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung gibt es jetzt per Newsletter im Zweiwochentakt.

Dazu Interviews, Porträts, Veranstaltungsberichte und natürlich die wichtigsten Termine. Jetzt anmelden und auf dem Laufenden bleiben: boeckler.de/hans

Foto: Jan Rathke



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER.

Die Pandemie hat die Schwächen globaler Lieferketten offenbar gemacht. Doch viele Probleme sind tiefgehender. Ein Umdenken könnte die Wirtschaft weniger anfällig machen. Das vorliegende Magazin liefert hierfür Denkanstöße.

Während der Produktion dieses Heftes hat sich die Coronalage in Deutschland zugespitzt. Die Zahl der Infizierten erreicht täglich neue Höchststände. Wieder steuern wir auf einen Jahresausklang zu, der statt freudiger Begegnungen erneut Kontaktbeschränkungen bringt. Der uns voller Sorge auf überlastete Pflegekräfte schauen lässt und auf einen öffentlichen Diskurs, dessen Ton immer schärfer wird.

Ich wünsche mir, dass wir uns in diesen Tagen auf das besinnen, was wirklich zählt: füreinander eintreten und die Schwachen schützen. Dafür setzen wir uns in der Hans-Böckler-Stiftung ein, mit unserer Forschung, der Förderung von Mitbestimmung und Stipendien. Ich danke unseren Förderinnen und Förderern für ihre Unterstützung, ohne die das nicht möglich wäre.

Ich wünsche Ihnen und allen Leserinnen und Lesern vor allem eins: gesund bleiben!

Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp: „Die Bodenhaftung nicht verlieren“: Drei Bundestagsneulinge erzählen von ihrer ersten Woche. Demokratie lebt von der Idee „Das ist eine oder einer von uns“ anstelle von „Die da oben“ (S. 40 f.).

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: GLOBALISIERUNG

10 Der blinde Fleck

In der Autoproduktion fehlen Mikrochips, auch weil Unternehmen Fehler im Risikomanagement gemacht haben. Von Kay Meiners

16 „Sicherheit kostet Geld“

Sabine Stephan und Sebastian Dullien vom IMK über die Grenzen der Globalisierung und eine neue Industriepolitik

20 Aus der Balance

Dem Stillstand folgt die Warenflut. Von Andreas Schulte

24 Das Gesetz der Lieferketten

Umweltkosten nicht inbegriffen. Von Fabienne Melzer

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

28 Eine Stadt holt sich ihre Klinik zurück

Das Klinikum Peine gehört wieder dem Landkreis. Von Annette Jensen

30 Wir bestimmen mit

Lutz Pscherer, Aufsichtsrat bei 50Hertz in Berlin. Von Fabienne Melzer

32 Im Dauerclinch

Konzernbetriebsrat gegen Widerstand gegründet. Von Joachim F. Tornau

35 Praxistipp

Standards für die Zukunft setzen



POLITIK UND GESELLSCHAFT

36 „Wir müssen das Ohr aufs Gleis legen“

100 Tage im Amt: ein Gespräch mit Claudia Bogedan, der neuen Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung

40 Die Bodenhaftung nicht verlieren

Drei Bundestagsneulinge über ihre erste Woche. Von Jeannette Goddar

42 Eine Frage der Perspektive

Die sozialen Folgen der Coronapandemie. Von Andreas Molitor

44 Bürger-Ökonomie

Einer der drei Wirtschaftsnobelpreisträger hat schon vor Jahrzehnten nachgewiesen, dass Mindestlohn nicht schadet. Von Kay Meiners



IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

46 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Arbeit der Zukunft



52

Porträt

JASMINA KLOSS entwickelt Computerspiele.

54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Johanna Wenckebach über digitalen Zugang

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Mitchell: „Why We Build the Wall“

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



66

RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Foto: privat

Handeln prägt

Die Geschichte hatte mich neugierig gemacht: Die Initiative „Köln stellt sich quer“ hatte zur Erinnerung an Theodor Wonja Michael zu einer Abendveranstaltung eingeladen. Nicht nur die Lebensgeschichte interessierte mich – Michael war als Sohn eines Kameruners und einer Deutschen 1925 in Berlin zur Welt gekommen, hatte unter den Nationalsozialisten gelitten und musste in Völkerschauen auftreten – es gab auch eine Verbindung zur Hans-Böckler-Stiftung. Dank eines Stipendiums ihrer Vorläuferin, der Stiftung Mitbestimmung, konnte er in den 1950er Jahren studieren und sich aus der Armut befreien. Die Erinnerungen der Anwesenden brachten mir den Menschen nahe, den ich nicht kennengelernt hatte. Aber es ging auch darum, wie wir heute Rassismus entgegentreten. Prägender als Worte sei, wie Menschen handeln, merkte einer der Diskutanten an. Wenn jemand betont, dass alle Menschen gleich sind, hinterlässt das bei ihm weniger Eindruck als wenn dieselbe Person im Aufzug nach der Brieftasche tastet, nachdem eine Roma ein- und wieder ausgestiegen ist. ■



Foto: Uli Baatz

FABIENNE MELZER ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.



Im Angesicht der Krise

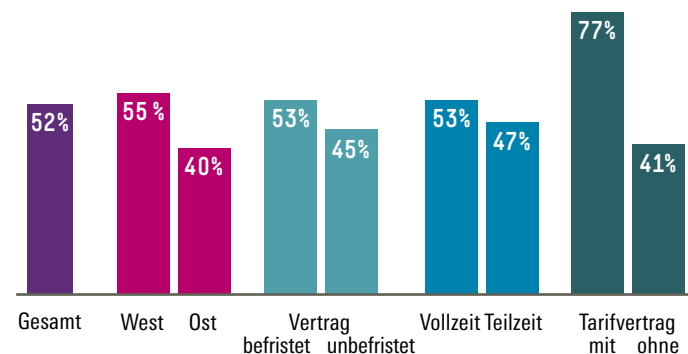
Olaf Scholz, der neue Bundeskanzler, begleitet vom FPD-Vorsitzenden Christian Lindner sowie Annalena Baerbock und Robert Habeck, dem Führungsduo der Grünen, übt sich bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags der Ampel-Parteien in staatsmännischer Geste. Soziale Themen haben der SPD den Sieg gebracht, doch sie kann nur mit zwei Partnern regieren. Jünger und weiblicher, niedriges bis mittleres Einkommen und ein hohes Interesse an Themen wie sichere Arbeits-

plätze, bezahlbare Wohnungen oder Bildungsgerechtigkeit – so sieht das Profil vieler Wählerinnen und Wähler aus, die sich kurz vor dem Urnengang für die Sozialdemokraten entschieden haben. Darauf deutet die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung hin. Aktuell diktieren steil ansteigende Coronazahlen die Agenda. Die neue Regierung übernimmt ein Land, in dem ein medizinischer Notstand herrscht, der lange unvorstellbar schien. ■

WEIHNACHTSGELD

Tarifbeschäftigte im Vorteil

In Deutschland erhalten Weihnachtsgeld (in Prozent der Befragten):



Quelle: WSI-Lohnspiegel

STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE

Ein Türöffner zum Tarifvertrag

Marvin Hopp arbeitet als studentische Hilfskraft an der Uni Hamburg und weiß, wovon er spricht: „Den Job muss man sich leisten können.“ 10,91 Euro pro Stunde bekommt er zurzeit. Die Stellen sind befristet, meist für zwei bis sechs Monate. Gemeinsam mit anderen Beschäftigten kämpft der Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung deshalb seit Semesterbeginn für einen Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Sie fordern unter anderem existenzsichernde Löhne und Mindestvertragslaufzeiten. In den Tarifverhandlungen mit den Ländern verständigten sich Verdi und die GEW Ende November mit den Arbeitgebern darauf, Gespräche über die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten aufzunehmen. Marvin Hopp sagt: „Das ist ein Türöffner.“ ■

EINE FRAGE, FRAU BEHLE



Foto: verdi

Warum hat der Fahrdienst des Bundestags keinen Tarifvertrag?

Für den Fahrdienst des Deutschen Bundestages, den die Abgeordneten nutzen, wenn sie in Berlin Termine wahrnehmen, ist die BwFuhrparkService GmbH zuständig, eine private Tochter des Bundes, die dem Verteidigungsministerium untersteht und nicht tarifgebunden ist. Die Folge sind Billiglöhne bis zu 20 Prozent unter dem TVöD. Dagegen lehnen sich die Fahrer auf, haben sich in Verdi organisiert, einen hohen Organisationsgrad erreicht und kämpfen für gerechte Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine betriebliche Altersversorgung. An drei Tagen wurde der Fahrdienst bereits bestreikt. Das hat sich ausgezahlt: Für die Abgeordneten ist der Tarifvertrag mittlerweile ein Topthema. Noch verweigert der Arbeitgeber Verhandlungen, auch weil das Verteidigungsministerium blockiert. Wir machen weiter Druck und rechnen im kommenden Jahr mit einem Durchbruch. ■

CHRISTINE BEHLE ist stellvertretende Verdi-Vorsitzende.

30 MRD.

Euro entgehen den Sozialversicherungen in Deutschland jährlich durch Tarifflicht und Lohndumping.

Das belegen die aktuellen Zahlen aus dem Tarifflicht-Atlas des DGB. Mangelnde Tarifbindung wirkt sich auch unmittelbar auf die Kaufkraft der Beschäftigten aus. Bei flächendeckender Tarifbindung stünden ihnen jährlich 42 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Bund, Ländern und Kommunen entgehen Einkommensteuereinnahmen von rund 18 Mrd. Euro.

Quelle: DGB-Tarifflicht-Atlas 2021

WISSEN SIE ...

...dass 60 Prozent der Deutschen den Aufkauf von Pflegeheimen durch private Investoren ablehnen? Das ergab eine Umfrage der gemeinnützigen Organisation Finanzwende-Recherche. Seit einigen Jahren kaufen Finanzinvestoren verstärkt Pflegeheime auf. Resultat laut Finanzwende-Recherche in vielen Fällen: satte Gewinne für die Investoren, schlechtere Pflege, schlechtere Arbeitsbedingungen.

Quelle: Théo Bourgeron/Caroline Metz/Marcus Wolf: Private-Equity-Investoren in der Pflege. Finanzwende/Heinrich-Böll-Stiftung 2021

BUNDESTAG

Förderin der Stiftung ist Präsidentin



Foto: dpa / Michael Kappeler

Mit Bärbel Bas ist erstmals eine Förderin der Hans-Böckler-Stiftung ins Amt der Bundestagspräsidentin gekommen. Bas, 1968 in Walsum (heute Duisburg) geboren, sitzt seit 2015 für die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH. Sie begann ihre berufliche Laufbahn bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft, engagierte sich früh im Betriebsrat und trat 1988 in die SPD ein. Bas, die als Lieblingsgerichte Rinderfilet und Currywurst angibt, ist Verdi-Mitglied und sitzt seit 2009 im Bundestag. Gegenüber dem Magazin erklärt sie: „Ich bin und bleibe mit ganzem Herzen Gewerkschafterin. Und das prägt auch mein Amtsverständnis.“ ■

KOALITIONSVERTRAG

Lob und Kritik

Der Koalitionsvertrag greift wichtige gewerkschaftliche Anliegen auf – so das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.). Der Vertrag nenne „überfällige Vorhaben zur Sicherung der Mitbestimmung“, lobt Institutsdirektor Daniel Hay, etwa die Ankündigung, „die missbräuchliche Umgehung des Mitbestimmungsrechts zu verhindern“. Sebastian Sick, Referatsleiter Unternehmensrecht und Corporate Governance, begrüßt, dass die Koalition das vollständige Aushebeln der Mitbestimmung durch Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft verhindern sowie die Lücke in der Drittelbeteiligung beim Zählen der Beschäftigten im Konzern schließen will. Nun gehe es darum, „diese Vorhaben zeitnah umzusetzen“. Daniel Hay bedauert allerdings, man habe sich „lediglich zu einer Sicherung der existierenden Mitbestimmung durchringen können, nicht zu einer qualitativen Stärkung, was angesichts der Herausforderungen durch die Transformation sinnvoll wäre.“ ■

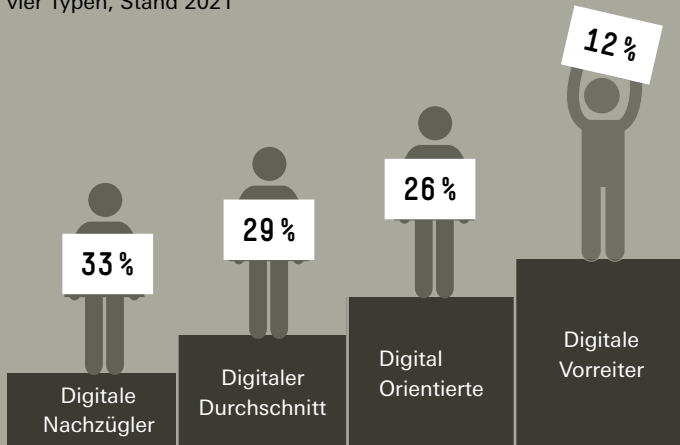
Nicht jede Schule ist digital

BILDUNG Die Digitalisierung erreicht die Schulen, aber nicht in der Fläche. Das Bild gleicht einem Flickenteppich. An jeder zweiten Schule gibt es bis heute keine mobilen Dienstgeräte.

Von Kay Meiners

Digitale Kluft

Reifegrade digitaler Strategie und Infrastruktur auf Schulebene unter Verwendung von SELFIE-Kategorien der EU-Kommission, analysiert in vier Typen, Stand 2021



Mehr Weiterbildung

„Unsere Schulleitung spricht mit uns über unseren beruflichen Fort- und Weiterbildungsbedarf für den Unterricht mit digitalen Technologien“: Zustimmungswerte durch die Lehrkräfte:



Februar 2020 (vor Corona):

33,0 % Stimme zu/Stimme voll u. ganz zu

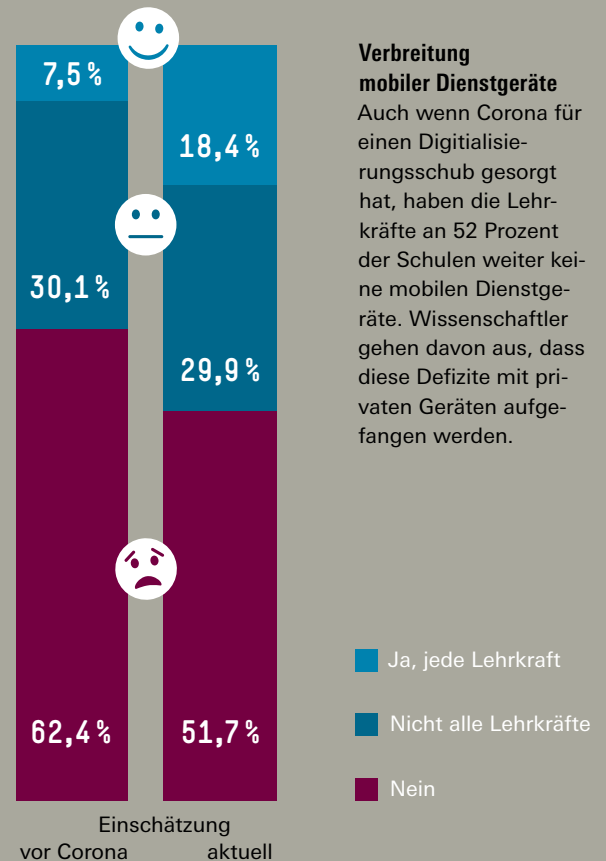
Februar 2021 (2. Coronawelle):

46,1 % Stimme zu/Stimme voll u. ganz zu

Systematische Weiterbildungsgespräche zum digitalen Unterrichten gibt es nur in jeder zweiten Schule. Weitere Daten der Erhebung zeigen aber, dass sich die Weiterbildungsbeteiligung der Lehrkräfte von 59 Prozent vor der Pandemie auf inzwischen 83 Prozent verbessert hat. Zusätzlich ist informelles Lernen weit verbreitet.

Verbreitung mobiler Dienstgeräte

Auch wenn Corona für einen Digitalisierungsschub gesorgt hat, haben die Lehrkräfte an 52 Prozent der Schulen weiter keine mobilen Dienstgeräte. Wissenschaftler gehen davon aus, dass diese Defizite mit privaten Geräten aufgefangen werden.



Höhere Arbeitsbelastung

„Ich habe eine höhere Arbeitsbelastung aufgrund der steigenden Komplexität der digitalen Medien und Techniken“: Zustimmungswerte der Lehrkräfte auf einer Skala von 1 bis 5:



Quelle: Digitalisierung im Schulsystem 2021 / www.digitalisierung-studie.de

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI EXPERTEN

Wäre ein völlig elternunabhängiges BAföG besser?

Foto: Tobias Koch



JA.

Die Bildungschancen junger Menschen dürfen nicht von der Unterstützungskraft und auch nicht vom Unterstützungswillen der Eltern abhängen. Es wäre am besten, wenn die Studienfinanzierung völlig unabhängig vom Einkommen der Eltern erfolgen würde. Mit realistischen Haushaltsmitteln wäre es möglich, jeder und jedem eine praktikable Finanzierung des Studiums zu eröffnen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat 2019 einen Vorschlag vorgelegt, der aus aktuellen Haushaltsmitteln finanzierbar gewesen wäre.

Die Ampelkoalition hat nun in ihrem Koalitionsvertrag einen ersten Reformschritt zu einer elternunabhängigeren Studienförderung vereinbart. Das bisherige Kindergeld soll künftig direkt an Volljährige in Ausbildung und Studium ausbezahlt werden und nicht mehr, wie bisher, an die Eltern. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die vereinbarte deutliche Erhöhung der Freibeträge ist ein wichtiges Signal.

Das BAföG war einst das Bildungsaufstiegsgesetz Nummer eins, doch seit Jahren geht die Zahl der BAföG-Empfänger zurück. Das liegt auch an sehr realitätsfremden Bemessungsgrenzen. Viele Eltern verdienen für den Lebensunterhalt der studierenden Kinder zu wenig, aber für den BAföG-Förderanspruch auf dem Papier zu viel. Das muss sich ändern. Das Geld ist da: Das Bundesbildungsministerium musste jedes Jahr mehrere Hundert Millionen Euro nicht verausgabte BAföG-Mittel an den Finanzminister zurücküberweisen. Zum 50. Jubiläum braucht das BAföG nun eine strukturelle Reform. ■

JENS BRANDENBURG, FDP-Bundestagsabgeordneter und Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen

Foto: Kay Herschmann



NEIN.

Ein völlig elternunabhängiges BAföG für alle Studierenden ist eine politische Vision, die seit den 60er Jahren diskutiert wird. Hört sich erst mal gut an. Doch sobald man etwas tiefer bohrt, wird klar: Ein solches BAföG wäre kaum finanzierbar. Und es wäre sozial ungerecht, profitierten davon doch vor allem Studierende aus wohlhabenden Familien.

Wenn die derzeit rund drei Millionen Studierenden allesamt eine elternunabhängige, voraussetzungslose Förderung in Höhe des aktuellen BAföG-Höchstsatzes von 900 Euro im Monat erhielten, wären das im Jahr mehr als 32 Milliarden Euro – und damit fast das 15-Fache dessen, was die Bundesregierung heute ausgibt: 2,2 Milliarden Euro. Woher sollen diese Steuermittel kommen?

Die Ampelkoalitionäre haben diesen Irrweg zum Glück nicht beschritten. Die Kindergrundsicherung, früher hieß es Kindergeld, soll künftig direkt an die Studierenden ausbezahlt werden. Das ist richtig. Gleiches gilt für die „deutliche Erhöhung der Freibeträge“. Außerdem werden die Bedarfssätze erhöht – das hilft den wirklich Bedürftigen.

Die Coronakrise hat die Studierenden hart getroffen, psychisch und finanziell. Die Koalition hat ein starkes Reformpaket geschnürt. Wichtig ist nun, dass diese Reform kräftig ausfinanziert und vor allem sehr rasch auf den Weg gebracht wird. Da ist noch einiges zu klären. Für Luftschlösser wie ein komplett elternunabhängiges BAföG ist dagegen kein Platz. ■

MATTHIAS ANBUHL, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de

DER BLINDE FLECK

AUTOINDUSTRIE Weil Mikrochips knapp sind, konnten Millionen Fahrzeuge in Deutschland nicht gebaut werden. Ursache sind massive Fehler im Risikomanagement. Der Schock wird die Branche für immer verändern.

Von Kay Meiners



Das Auto war früher eine mechanische Angelegenheit: Ein Tritt aufs Gaspedal lenkte die Muskelkraft des Fahrers über einen Seilzug an eine Drosselklappe weiter und führte so dem Benzin-Luft-Gemisch, das zum Motor strömte, mehr Treibstoff zu. Das ist lange her. Längst ist das Gaspedal zum elektronischen Schalter degradiert. Wenn es getreten wird, messen Sensoren den Pedalweg und leiten die Information, dass das Fahrzeug beschleunigt werden soll, in Nanosekunden an ein digitales Steuergerät weiter, das mit anderen Geräten kommuniziert. Wegen dieser Änderungen sind in einem Auto heute mehr als 1000 Computerchips verbaut – wenn es denn welche gibt. Denn Chips sind Mangelware. Die Firma Intel rechnet damit, dass die Flaute zwei Jahre dauern kann.

Für die Autobauer ist es eine Katastrophe. In Eisenach, wo sonst 1300 Opel-Mitarbeiter das SUV-Modell Grandland bauen, wurden die Mitarbeiter nach Hause geschickt, weil Chips fehlen. Bei Ford in Köln ging nichts mehr, weil Chips für die Türsteuerung fehlten. „Seit Ende November bauen wir wieder Autos“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Benjamin Gruschka. Trotzdem sei die Lage prekär: „Für die jetzt geplanten reduzierten Stückzahlen reicht es bis Ende des Jahres. Was 2022 passiert, wissen wir noch nicht.“ Der Einbruch ist bedrohlich. So musste der Verband der Automobilindustrie (VDA) seine Vorhersage zur Inlandsproduktion für 2021 von erst vier Millionen Autos auf zwischenzeitlich 3,6 Millionen und jetzt 2,9 Millionen reduzieren. Die Branche, die gerade den Wechsel zu alternativen, nicht-fossilen Antrieben stemmen soll, wird jetzt unerwartet hart getroffen. Wie konnte es so weit kommen?

Hightech aus Sand

Um Chips zu produzieren, braucht man Halbleiter, Werkstoffe, die die Eigenschaften von elektrischen Leitern (wie Kupfer) als auch von Isolatoren (wie Porzellan) in sich vereinen. Das Standardmaterial ist Silizium, das mit Unmengen Energie aus Quarzsand geschmolzen wird. Es wird zu Rohlingen, sogenannten Wafern, verarbeitet, auf die Millionen digitaler Schaltungen fotolithografisch aufgetragen werden. Chips kamen aus dem Westen, wo die Computerindustrie ursprünglich entstand. Doch westliche ►

Benjamin Gruschka, der Betriebsratsvorsitzende von Ford in Köln: „Die meisten Autos konnten nicht gebaut werden wegen diesen kleinen Dingern.“



Foto: Stephen Petrat

Der Weg des Chips

1

Foto: ddp



Produktion

Die meisten Chips kommen aus Ostasien, etwa aus China, Taiwan, Südkorea, Singapur, Malaysia oder Japan. Auch die USA und europäische Länder fertigen Chips, haben aber massiv Marktanteile verloren.

► Länder haben in der Chipproduktion dramatisch an Boden verloren. Während vor 30 Jahren drei Viertel aller Chips aus den USA und Europa kamen, aus China noch gar nichts, kommen heute drei Viertel aus Asien, so eine Studie der Boston Consulting Group (BCG) und der amerikanischen Semiconductor Industry Association (SIA). Ähnlich sieht es beim Rohstoff selbst aus. „Das Silizium für die Chipproduktion muss hochrein sein“, erklärt der Geologe Dennis Bastian, der bei der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) die globalen Rohstoffmärkte verfolgt. „Man braucht mindestens eine Reinheit von 99,9999999 Prozent.“ Wegen zwei Neunen vor dem Komma und den sieben Neunen danach nennt man das Material 9N-Silizium. Besser geeignet sind die Qualitäten 10N oder 11N. Für die Veredelung braucht man billige Energie. Die gab es in Asien lange. Doch jetzt haben sich die Preise für Silizium-Vorprodukte in nur einem Jahr vervielfacht. Ein Grund, so Bastian, seien neben der gestiegenen Nachfrage vor allem Probleme mit der Energieversorgung in China. Die Provinz Yunnan im Südwesten des Landes spielt eine wichtige Rolle für die weltweite Produktion von Siliziummetall, einem Vorprodukt für hochreines Silizium wie das 9N. Weil die Energie knapp wurde, zwang die lokale Regierung die Hersteller, die Produktion auf zehn Prozent zu drosseln. Ist damit der Schuldige gefunden?

Ein Versagen mit Vorlauf

Wie meist bei Katastrophen gibt es mehr als nur eine Ursache. Nach Einschätzung von Christian Brunkhorst, der den Bereich Zulieferer und Fahrzeugbau beim IG Metall Vorstand betreut, ist der „weltweite Mangel an Kapazitäten bei den Herstellern“ das eigentliche Problem. Neue Fabriken seien weltweit im Bau, sagt er. Aber so ein Bau dauert rund zwei Jahre. Hinzu kommt, dass die Autoindustrie und ihre Zulieferer nur relativ

2

Foto: OKAPIA



Vertrieb

Die Produzenten verkaufen meist nicht direkt an die Autohersteller, sondern an Zulieferer. Diese sind eher kleine Kunden bei den Chipherstellern. Sie haben ihnen gegenüber keine große Marktmacht.

3

Foto: Ullstein bild



Zulieferer ersten Grades

Manche Zulieferer stellen selbst Chips her, etwa Bosch, wo anwendungsspezifische integrierte Schaltungen (ASICs), Leistungshalbleiter und MEMS-Sensoren produziert werden. Speicherchips oder Mikrocontroller kauft Bosch zu.

gen zu den Herstellern, vielmehr gibt es eine fein verästelte Zulieferkette. Brunkhorst sagt: „Die Chiplieferanten sind da an vierter oder fünfter Stelle in der Kette, und die Chips werden in immer größere Einheiten eingebaut, etwa in ein Cockpitmodul oder eine Tür.“

Fragile Lieferketten

Computerchips haben eine abenteuerliche Reise hinter sich, bis sie in einem Auto landen. Kaum ein Zwischenhändler kennt den ganzen Weg der Ware. Nicht viel anders kamen einst Gewürze über die Seidenstraße nach Europa. Die Autoindustrie hat sich mit der Resilienz der Lieferketten für elektronische Bauteile nicht ausreichend beschäftigt. „Wir haben es mit einer massiven Fehleinschätzung zu tun, einem blinden Fleck im Risikomanagement“, sagt IG-Metall-Experte Brunkhorst. „Deutschland hat geschlafen“, sagt auch Oliver Emons vom Institut für Unternehmensführung und Mitbestimmung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung.

Auch bei den Betriebsräten ist der Unmut groß. Die VW-Betriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo kritisiert, im Konzern habe ein „nachhaltiges und strategisches Halbleitermanagement gefehlt“. Der weltweite, zeitlich genau ge-

kleine Abnehmer sind, auf die „die Chiphersteller nicht unbedingt Rücksicht nehmen müssen“.

Gerade als die Notebook-Nachfrage wegen Corona durch die Decke ging, wurden kaum Autos verkauft, sodass die Hersteller Lieferverträge bei Zulieferern stornierten – und diese dann wiederum bei ihren Lieferanten. Ein Fehler, denn der Automarkt erholte sich schneller als gedacht. Da hatten die Chiphersteller ihre Kapazitäten schon anderweitig verkauft. Die Zulieferer müssen sich nun hinten anstellen: „Vorlaufzeiten von sechs bis neun Monaten sind typisch für komplexe Chips, weshalb es schwierig ist, auf Nachfrageschwankungen zu reagieren“, schreibt der US-Experte Paul Hansen im „Hansen Report on Automotive Electronics“. Die Autobauer unterhielten bisher kaum direkte Geschäftsbeziehun-

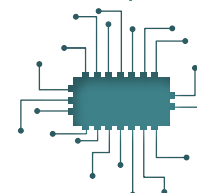
4

Foto: ddp



Zulieferer zweiten, dritten und vierten Grades

Viele kleine Zulieferer verbauen lediglich Chips oder die Komponenten anderer Firmen, die schon Chips enthalten. Bei ihnen kumuliert sich das Risiko: Sie sind einerseits von den Vorleistungen abhängig, andererseits von ihren Kunden in der Industrie.



Volkswagenwerk in Wolfsburg:
Großer Ärger über das Management im Konzern



Foto: FOTOAGENTUR SVEN SIMON

Chip-Silizium teuer wie nie

Preis für das Silizium-Vorprodukt Trichlorsilan

Oktober 2020:

600

US-Dollar pro Tonne

Oktober 2021:

6100

US-Dollar pro Tonne

Quelle: DERA

► taktete Einkauf von Komponenten erschien lange ökonomisch vernünftig. Doch das ist immer eine riskante Wette darauf, dass nichts schiefgeht. „Die Autobauer haben einen starken Kostendruck auf die Zulieferer ausgeübt“, sagt IG-Metall-Experte Brunkhorst.

Warnungen, dass etwas schiefgehen kann, gab es. Etwa vor zehn Jahren, als die japanische Autoindustrie wegen des Tsunamis und der Reaktor-katastrophe in Fukushima ins Straucheln geriet. Wichtige Fabriken für Halbleiter fielen aus. Autoexperte Brunkhorst erinnert sich, dass eine Fabrik für weiße Farbpigmente ausfiel, die für Autolack verwendet wurden. Manche Hersteller konnten danach keine weißen Autos liefern.

Hektische Suche nach Lösungen

Was jetzt passiert, ist noch schmerzhafter als Fukushima. Mit etwas Lagerhaltung wird das Problem nicht zu lösen sein. „Die Autobauer suchen schon nach Lösungen“, versichert Brunkhorst. „Die Betriebsräte machen Druck, und es ist Thema in den Aufsichtsräten. Wir müssen über eine andere Lagerhaltung nachdenken, über mehr Transparenz über die Zulieferkette und technische Änderungen, um weniger anfällig von bestimmten Lieferanten zu sein.“

In der Chipkrise führen jetzt erst einmal die Betriebswirte das Regiment. Sie verwalten den Mangel. „Das führt dazu, dass die knappen Chips vor allem in den margenstarken Produkten verbaut werden, mit denen man Geld verdienen

kann“, sagt Auto-Experte Brunkhorst. Sogar Endverbraucher merken das. Beim Autoradiohersteller Blaupunkt etwa gibt es derzeit lange Lieferzeiten für preiswerte Modelle. Weniger schwierig ist es, das Premiummodell „Bremen“ für 400 Euro zu bekommen. Der Versandhandel liefert es in wenigen Tagen frei Haus.

Der Mangel an Halbleitern wird nach Einschätzung von Daimler-Gesamtbetriebsratschef Michael Brecht tiefgreifende Veränderungen in der Automobilindustrie auslösen. „Die Fahrzeughersteller werden künftig selbst Rohstoffe und Schlüsselkomponenten direkt beim jeweiligen Lieferanten einkaufen und sich nicht mehr allein auf die großen Zulieferer als Systemlieferanten verlassen“, sagt er. Möglich, dass Partner aus Fernost dabei ihre Position ausbauen können. Die großen Autobauer wie Volkswagen oder Mercedes-Benz sind enorm abhängig von China – nicht nur als Absatzmarkt, auch als Produktionsstandort. Erst im Oktober hat Mercedes-Benz ein Technikzentrum in der Region Peking eröffnet, wo

5

Foto: imago images



Autobauer

Die Autobauer haben eine aggressive Einkaufspolitik betrieben. Einen Überblick über die Liefersituation bei einzelnen Chips hatten sie nicht. Es wird erwartet, dass sie in Zukunft versuchen, langfristige strategische Kooperationen mit den Chipherstellern einzugehen.

6

Foto: Werner Bachmeier



Arbeitnehmer

Kurzarbeit verhindert trotz eingebrochener Produktionszahlen in der Automobilindustrie noch das Schlimmste. Das deutsche Sozialsystem ermöglicht es, die Kapazitäten herunterzufahren, ohne dass dies sofort zu Entlassungen führt. Doch viele Arbeitnehmer sorgen sich um ihren Arbeitsplatz.

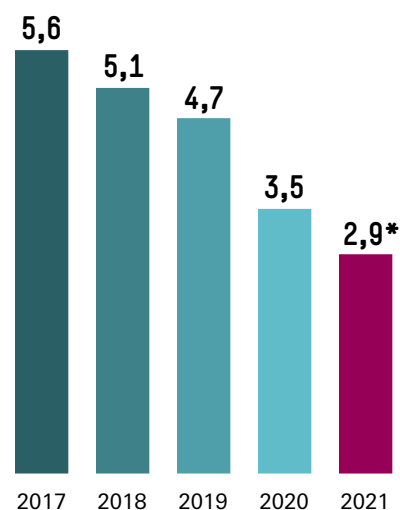


Foto: picture alliance

Produktion des Opel Grandland in Eisenach: gestoppt wegen fehlender Chips

Massiver Einbruch

Inländische Pkw-Produktion in Millionen



Quelle: VDA

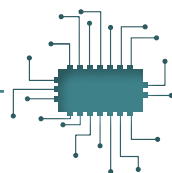
in Mio.

*Prognose

rund 1000 Ingenieure unter anderem an der Digitalisierung von Fahrzeugen arbeiten. Zudem kommt ein neuer Smart auf den Markt, der in China produziert wird – zusammen mit der Zhejiang Geely Holding Group.

Was, wenn sich solche Kooperationen verfestigen? Wenn die alten Produktionsziffern in Deutschland nie wieder erreicht werden und die Branche schrumpft? Das Jahr 2020 mit einer Inlandsproduktion von nur 3,5 Millionen Pkw war schon ein ausgesprochenes Krisenjahr mit dem niedrigsten Output seit 1975. Auf die Pandemie entfiel nach einer Einschätzung des VDA

lediglich die Hälfte des Rückgangs. Der restliche Produktionsabbau hatte mit strukturellen Faktoren wie der Transformation zum Elektroantrieb oder zunehmender Vor-Ort-Fertigung zu tun. Seit 2018 verliert die Autobranche durch diesen Strukturwandel Jobs. Während die Beschäftigung in der deutschen Autoindustrie nach Angaben der IG Metall zwischen 2010 und 2018 noch um 18,9 Prozent stieg, betrug der Saldo im Jahr 2019 minus 1,3 Prozent und im Jahr 2020 schon 2,6 Prozent. Noch sind nicht viele Jobs verloren. Aber die Gewerkschaft befürchtet „erhebliche Risiken für die Beschäftigung“.



7

Foto: Opel Automobile



Verbraucher

Autos sind langlebige Konsum- und Investitionsgüter, die fast 20 Jahre halten. Stockt der Nachschub, hat dies Folgen für die Volkswirtschaft: längere Wartezeiten, höhere Preise für Gebrauchte – oder eine eingeschränkte Modellpalette. Investitionen müssen unter Umständen verschoben werden.

„Sicherheit kostet Geld“

GLOBALISIERUNG Die Coronakrise ist nicht der einzige Störfaktor der Weltwirtschaft. Sebastian Dullien und Sabine Stephan sprechen über die Grenzen der Globalisierung und ihre Idee, die Resilienz der EU zu stärken.

Das Gespräch führten **Fabienne Melzer** und **Kay Meiners**

In vielen Branchen sind die Lieferketten in Unordnung geraten und funktionieren kaum noch. Konsumgüter und Vorprodukte für die Industrie sind nicht verfügbar. Sind das Anzeichen für eine Krise der Globalisierung?

SABINE STEPHAN: Die Coronapandemie hat offenbart, wie verwundbar die Weltwirtschaft ist. Sie hat noch einmal gezeigt, welche Gefahren in einer ungesteuerten Globalisierung liegen. Die Risiken waren bekannt, aber man hat sie lange Zeit unterschätzt oder ausgeblendet. Für die Unternehmen stand der Effizienzgewinn, also der Kostenaspekt, klar im Vordergrund, und man vertraute darauf, auf globalen Märkten jederzeit Zulieferer oder Abnehmer finden zu können.

SEBASTIAN DULLIEN: Effizienz erhielt den Vorzug vor Resilienz, also Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten. Dass viele Unternehmen nach dieser Maxime gehandelt haben, hat die Widerstandsfähigkeit des gesamten Systems verringert. Aber vermutlich hätte es nicht mal einer Pandemie bedurft, um die Lieferketten an ihre Grenzen zu bringen. Wir erinnern uns daran, dass vor einigen Monaten das Containerschiff „Ever Given“ sechs Tage lang im Suezkanal feststeckte, was zu einem enormen Güterstau auf hoher See und entsprechenden Lieferverzögerungen führte. In Umfragen geben derzeit viele Firmen an, dass sie ihre Lieferketten überdenken wollen.

War die Coronapandemie nur eine Art Katalysator für eine Krise, die tiefere Ursachen hat?

STEPHAN: In den vergangenen Jahren gab es eine Reihe von Schocks wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Eurokrise, den Brexit und die protektionistische US-Handelspolitik von Donald Trump, die der Globalisierung kräftige Dämpfer verpasst und bereits zu einer gewissen Desintegration von Handelsbeziehungen geführt haben. Die Coronapandemie ist ein weiterer Schock, der diese Entwicklung weiter antreiben dürfte.

Wie teuer werden diese Engpässe für uns?

DULLIEN: Wir gehen davon aus, dass ein Drittel, vielleicht sogar über die Hälfte der Autos, die in diesem Jahr in Deutschland hätten gebaut werden können, nicht vom Band liefen. Vor Corona wur-

Ungläubige Börsenhändler in New York während der Finanzkrise 2008: „Es gab in den vergangenen Jahren eine Reihe von Schocks.“



Foto: dpa

”

Foto: IMK

Eine rückläufige Globalisierung, bei der mehr regional gefertigt wird, muss nicht zwangsläufig Wachstums- oder Wohlstandsverluste bedeuten.“



SABINE STEPHAN

den in Deutschland rund 4,5 Millionen Autos gebaut, es fehlen also mindestens 1,5 Millionen Fahrzeuge. Bei einem Durchschnittspreis von vielleicht 30.000 Euro ergibt allein das einen Umsatzverlust von mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Aber was heißt das? Weniger Wohlstand für alle?

DULLIEN: Wenn man Lieferketten anders organisiert, werden viele Güter und Vorprodukte im Zweifel etwas teurer werden. Die Frage ist, ob das automatisch weniger Wohlstand bedeutet. Wohlstand definiert sich ja nicht allein durch die Möglichkeit, billige Konsumgüter aus Asien zu importieren, sondern auch beispielsweise dadurch, dass wir in der Lage sind, bei einer Krise im Gesundheitssystem relativ schnell an die notwendigen Materialien zu kommen, Schutzkleidung etwa, oder dass bei wichtigen Medikamenten wie Antibiotika die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Wenn man all dies berücksichtigt, sehe ich unseren Wohlstand durch eine teilweise Deglobalisierung nicht in Gefahr.

Was kann die Politik, was kann die neue Bundesregierung in dieser Situation unterstützend tun?

STEPHAN: Es war doch erstaunlich, dass in der Coronakrise, als plötzlich die Bänder stillstanden, von ganz vielen Seiten der Ruf nach einem Eingreifen des Staates laut wurde, also nach einer aktiven Industriepolitik. All die Jahre und sogar Jahrzehnte zuvor hat Industriepolitik bei uns kaum noch eine Rolle gespielt. Der Paradigmen-

wechsel, der sich da andeutet, könnte uns helfen. Angesichts der sozialökologischen Transformation haben wir einen enormen Gestaltungsbedarf. Wenn man der Krise etwas Gutes abgewinnen will, dann ist es vielleicht die Bereitschaft, wieder stärker über eine aktive Industriepolitik nachzudenken.

Wie könnte eine solche Politik aussehen?

DULLIEN: Es geht vor allem darum, dass wir die Fähigkeiten, strategisch wichtige Produkte herzustellen, in Europa halten oder wieder neu schaffen. Auf das Gesundheitssystem übertragen, hieße es, dass unsere Kliniken und Arztpraxen einen gewissen Anteil von Medikamenten und Medizinprodukten kaufen, die tatsächlich in Europa hergestellt wurden. Das kann man erreichen, indem man einen gewissen Produktionsanteil in der EU zur Voraussetzung der Erstattung durch die Kassen macht.

Wie das?

DULLIEN: So könnte man zum Beispiel relativ schnell zumindest einen Teil der Antibiotikaproduktion, die heute überwiegend außereuropäisch stattfindet, wieder nach Europa zurückverlagern und damit die Abhängigkeit verringern. Ein anderes Beispiel ist die Elektromobilität. Hier ist die Batteriezellenproduktion von strategischer Bedeutung. Wenn man da fast komplett von Asien abhängig ist und es zu Produktionsunterbrechungen kommt, stehen unsere Autohersteller vor einem großen Problem. Deshalb fördert die ►

SABINE STEPHAN ist die Außenhandelsexpertin des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

► Politik die Ansiedlung von Produktionskapazitäten für Batteriezellen in der EU.

Muss der Staat den Aufbau dieser Produktionskapazitäten eine Zeit lang subventionieren? Und lassen sich dadurch Industrien, die weitgehend abgewandert sind, einfach wieder zurückholen?

DULLIEN: Wir brauchen die Industriepolitik, um Lücken bei strategisch wichtigen Technologien zu schließen und den Anschluss an die Marktführer wieder herzustellen. China scheint das gut zu gelingen. Ich sehe keinen Grund, warum das nicht auch in Europa gelingen kann. Die USA praktizieren das ja auch, beispielsweise bei Halbleitern der neuesten Generation. Und man sieht, dass es funktioniert. In vielen Fällen werden diese Produkte nach einer Anschubphase marktfähig und profitabel sein; dann benötigt man die Subvention nicht mehr. In anderen Fällen muss man sich wahrscheinlich auf eine dauerhafte Subventionierung einstellen.

Wir sind Zeugen einer zunehmenden Systemkonkurrenz zwischen den USA und China. Wie kann sich Deutschland als kleines Land in diesem Machtkampf zwischen dem alten Multilateralismus und neuen, machtbasierten Ökonomien positionieren?

DULLIEN: Wir müssen europäisch denken. Nicht Deutschland allein, sondern die EU steckt mittendrin in diesem Machtkampf zwischen China und

den USA um die ökonomische und systemische Vorherrschaft. Teilweise kann Europa mit den USA zusammenarbeiten. Aber da, wo die Interessen unterschiedlich sind, muss Europa auch eigenständig handeln können. Wir haben am Handelskonflikt mit Donald Trump gesehen, wie erpressbar Europa ist.

Gibt es denn Signale für eine neue Eigenständigkeit der EU?

STEPHAN: Ja, die gibt es. Unter dem Motto der „offenen strategischen Autonomie“ will die EU ihre ökonomischen und geopolitischen Interessen in Zukunft eigenständiger und offensiver verfolgen. Dabei geht es auch darum, Abhängigkeiten zu reduzieren, zum Beispiel beim Zugang zu knappen Rohstoffen. Anders als die EU hat China in den vergangenen Jahren eine sehr strategische Rohstoffpolitik betrieben und sich durch die Finanzierung großer Infrastrukturprojekte insbesondere in Afrika den Zugang zu wichtigen Rohstoffen langfristig gesichert.

Das chinesische Modell trägt neokoloniale Züge. China fragt nicht nach Menschenrechten, sichert sich mit Krediten Einfluss und Rohstoffe und liefert Fertigwaren. Was müsste die EU anders machen?

STEPHAN: Eine gute, solidarische Globalisierung auch für die Entwicklungsländer würde voraussetzen, dass die EU ihre Handelspolitik verändert.

SEBASTIAN DULLIEN ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: IMK



”

Vermutlich hätte es nicht mal einer Pandemie bedurft, um die Lieferketten an ihre Grenzen zu bringen. Die alte Sicherheit ist weg.“

SEBASTIAN DULLIEN



Foto: ddp images

Die EU müsste zum Beispiel den eigenen Markt einseitig für Entwicklungsländer öffnen. Eine gegenseitige Marktöffnung, wie sie die EU in ihren Handelsabkommen vereinbart, macht nur bei ökonomisch gleich starken Handelspartnern Sinn. Ökonomisch schwächere Partner haben bei solchen Vereinbarungen stets das Nachsehen.

Gibt es konkrete Anstrengungen, etwas zu ändern?

STEPHAN: Nein, es wird zwar viel geredet, aber de facto hält die EU an ihrem bisherigen handelspolitischen Kurs fest, auch was die Entwicklungsländer angeht. Bei den großen Handelspartnern herrscht derzeit Funkstille. Weder die USA noch China haben aktuell ein Interesse an Handelsabkommen – sie sind beide stärker auf die Binnenwirtschaft fokussiert. Außerdem muss man sehen, dass das Interesse der USA an Europa ab- und am asiatisch-pazifischen Raum, dem Wachstumsmarkt der Zukunft, zugenommen hat.

Ist das eine Gefahr für unseren Wohlstand, wenn die großen Handelspartner stärker mit sich selbst

beschäftigt sind und wir viel Geld für staatliche Industriepolitik und eine Re-Regionalisierung aufwenden müssen?

STEPHAN: Eine rückläufige Globalisierung muss nicht zwangsläufig Wachstums- oder Wohlstandsverluste bedeuten. Wenn wieder mehr regional gefertigt wird, eröffnet das Wachstumschancen für die entsprechende Region. Außerdem erwarte ich, dass im Zuge einer steigenden Bedeutung von Nachhaltigkeit und Resilienz auch höhere Preise akzeptiert werden. Dass sich an der Zahlungsbereitschaft der Konsumenten etwas ändert, zeigt sich bereits bei Textilien oder Lebensmitteln.

DULLIEN: Was allein der Brexit und die Ankündigung von Donald Trump, möglicherweise das Freihandelsabkommen NAFTA aufzukündigen, bei den Einkaufsmanagern ausgelöst haben, darf man nicht unterschätzen. Daher würde es mich sehr wundern, wenn wir in den nächsten Jahren eine stärkere Zunahme der Globalisierungstendenzen erleben würden. Die alte Sicherheit, dass alles gut geht, ist weg.

Festgefahrenes Containerschiff Ever Given im Suezkanal 2021: „Viele Firmen geben an, dass sie ihre Lieferketten überdenken wollen.“

Aus der Balance

LOGISTIK Dem Stillstand vieler Lieferketten folgt die Warenflut. Logistikunternehmen steigern den Umsatz, doch die Mehrarbeit müssen die Beschäftigten schultern.

Von **Andreas Schulte**

Stau vor Hamburg! Diese Warnung kennen leidgeprüfte Autofahrer auf der A7 schon seit Jahren aus dem Verkehrsfunk des NDR. Der Verkehrskollaps rund um die Metropolen in Deutschland ist ein altbekanntes Problem. Doch nach dem Ende erster Lockdowns in Asien erreicht er nun die Schifffahrt. Und so müssen mittlerweile auch Reedereien ihre Kapitäne vor Verzögerungen warnen. Nicht nur der Hamburger Hafen ist schlicht und ergreifend verstopft.

Der Grund: Die Pandemie verstopfte weltweit Transportadern. Je nach epidemischer Lage entlädt sich der Nachholbedarf schubweise. Die Lieferketten stottern – bis hinein in die Läger. Die Folge: Bewährte Logistikabläufe greifen nicht mehr. Egal ob in den Häfen, auf der Straße oder auf der Schiene. Fast überall in Deutschland ächzen Beschäftigte in der Logistik unter Mehrarbeit.

Das gilt auch für die 5000 Hafenarbeiter in Hamburg: „Die Beschäftigten im Hafen

Foto: picture alliance / dpa



Oben: Im chinesischen Hafen Shenzhen steckten im vergangenen Jahr Tausende Container aufgrund des Lockdowns fest. Links: Hafenarbeiter in Hamburg vor einem Containerschiff





Foto: imago images/VCG

und an den Terminals arbeiten unter einer hohen Belastung, das sehen wir mancherorts auch am Krankenstand“, sagt Maya Schwiigershausen-Güth, Bundesfachgruppenleiterin Maritime Wirtschaft bei Verdi und Aufsichtsratsmitglied bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA). Seecontainer müssen am Terminal derzeit viel häufiger bewegt werden als unter normalen Bedingungen. Von den Beschäftigten würden daher nun deutlich flexiblere Arbeitszeiten erwartet. Die Zahl der Überstunden steigt an, und in manchen Bereichen würden Arbeitskräf-

te über Leiharbeitsfirmen eingesetzt. „Das wollen wir natürlich verhindern“, sagt die Gewerkschafterin.

Der neue Druck trifft die Belegschaft in schwieriger Zeit, denn vor allem die zunehmende Automatisierung in den Häfen bedroht Jobs. „Viele fragen sich, warum sie sich der derzeitigen Belastung jetzt noch aussetzen sollen, da ihnen ihre Zukunft doch ohnehin ungewiss erscheint“, sagt Schwiigershausen-Güth.

Ausgerechnet während sich die Belegschaften neuen Belastungen gegenübersehen, ►

► machen viele Logistikunternehmen gute Geschäfte. Im August dieses Jahres verkündete HHLA für das erste Halbjahr ein Gewinnplus von 63 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zugleich will der Konzern ab dem Jahr 2025 jährliche Kosten in Höhe von 150 Millionen Euro einsparen.

Wie die Arbeitsbedingungen in den Häfen verbessert werden könnten? Für Schwiegershausen-Güth kann dies nur auf lange Sicht gelingen, denn gerade in der Seefahrt ist das Lieferkettenproblem ein internationales. „Wenn zum Beispiel in China ein Hafen wegen Corona dichtgemacht wird, bekommen wir das hier zeitverzögert zu spüren. Als Gewerkschaft haben wir natürlich auf solche Entscheidungen außerhalb Deutschlands kaum Einfluss.“

„Domina“-Effekt auf der Schiene

Allerdings sieht sie einen Hebel zur Verringerung der Abhängigkeit von internationalen Lieferketten in der Begrenzung des Schiffswachstums. In den vergangenen Jahren sind Containerschiffe zunehmend größer gebaut worden. „Die Pünktlichkeit der großen Schiffe war schon immer mäßig und hat sich jetzt noch einmal verschlechtert“, sagt Schwiegershausen-Güth. Fällt nur einer dieser Giganten aus, sind die Auswirkungen auf

die Lieferketten enorm groß. „Dieses Risiko ließe sich durch den Einsatz mehrerer kleinerer Schiffe reduzieren.“

Die tagelangen Wartezeiten der Schiffe vor den Häfen setzen einen Dominoeffekt in Gang, der auch die nachgelagerten Lieferketten auf der Schiene und auf der Straße aus dem Takt bringt. „Ich sage dazu nicht Domino-, sondern Domina-Effekt, weil die Auswirkungen geradezu furchterregend sind“, sagt Jörg Hensel, Betriebsratsvorsitzender von DB Cargo. Die jüngsten Lieferkettenprobleme, ausgehend von den Häfen, wirkten wie Brandbeschleuniger auf die ohnehin bestehenden Probleme im Schienengüterverkehr. Denn den Unternehmen fehlt Personal, und die Infrastruktur ist in die Jahre gekommen.

Dies alles führt dazu, dass täglich Züge entweder nicht losfahren oder verspätet beim Kunden ankommen. Nur drei von vier Zügen sind pünktlich. „Auch deshalb verliert die Schiene so manchen Auftrag an Speditionen“, sagt Hensel. „Unsere Leute sind natürlich sauer. Viele sind frustriert. Die Stimmung wird immer schlechter.“ Hinzu komme psychischer Stress bei denen, die die Verspätungen gegenüber den Kunden rechtfertigen müssen.

Die Crux: Der Berg an Arbeit dürfte sogar noch anwachsen, denn DB Cargo schaffte im

Maya Schwiegershausen-Güth, bei Verdi für die maritime Wirtschaft zuständig: „Die Pünktlichkeit der großen Schiffe war schon immer mäßig und hat sich jetzt noch einmal verschlechtert.“



Foto: hofphotografen.de



Foto: Nikolai Schmidt



Stau auf der A4 Richtung Polen. Der Beruf des Lkw-Fahrers wird immer unattraktiver. Laut Verdi fehlen inzwischen 80 000 Fahrer in Deutschland.

ersten Halbjahr 2021 bei den Transportmengen die Wende zum Wachstum und legte bei der Verkehrsleistung gegenüber dem ersten Halbjahr 2020 um 12,6 Prozent auf 43 Milliarden Tonnenkilometer zu.

Es sind die Staus vor den Häfen und steigende Frachtpreise zur See, die der Güterbahn wirtschaftlich in die Karten spielen. „Auf der Route von Asien nach Europa haben wir massiv von den Problemen der Seefracht profitiert“, sagt Hensel. Erstmals sind 2020 von den etwa 23 Millionen Containern, die zwischen China und Europa transportiert werden, über eine Million per Bahn geliefert worden. Im Coronajahr legten die Bahntransporte auf dieser Route um rund 50 Prozent zu. Hensel dringt grundsätzlich dennoch auf kürzere Lieferketten, um wieder verlässlichere Arbeitsbedingungen und mehr Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft herzustellen.

Dumpinglöhne für Lkw-Fahrer

Dass sein Wunsch unerhört bleiben könnte, legt indes eine Studie des Marktforschungsinstituts Ifo nahe. Von 5000 befragten Unternehmen will demnach nur jede zehnte Firma künftig vermehrt auf heimische Lieferketten setzen. Insofern dürften die Abhängigkeiten der Transportunternehmen von den weltweiten Lieferketten

noch lange bestehen bleiben. Das Beratungshaus Sea-Intelligence rechnet mit einer Rückkehr zur Normalität frühestens am Ende des nächsten Jahres.

Auf dem Transportweg Straße leiden vor allem Lkw-Fahrer unter dem Schluckauf der Lieferketten. Bei Produktionsausfällen in der Industrie etwa droht Ungemach – so wie zuletzt, als Chips aus China nicht in der hiesigen Autoindustrie ankamen. Denn bleiben Lkw länger als geplant leer, werden ihre Flächen auf Frachtbörsen zu Dumpingpreisen angeboten. „Wir haben beobachtet, dass Fahrer dann noch weniger Lohn erhalten als ohnehin üblich“, sagt Michael Wahl vom DGB-Netzwerk „Faire Mobilität“. Deutsche Unternehmen zahlen zumeist bis zu 2.200 Euro brutto, also eine Vergütung, die knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Fahrer mit osteuropäischen Arbeitgebern müssten für rund 500 Euro Lohn arbeiten und würden damit systematisch um ihren Anspruch auf den Mindestlohn geprellt, sagt Wahl. Längst hat die Branche ein Nachwuchsproblem, weil der Beruf vielen unattraktiv erscheint. Laut Verdi fehlen in Deutschland mehr als 80 000 Lkw-Fahrer. Jedes Jahr kommen 15 000 hinzu. Die Zahl könnte sich nun erhöhen. „Gestörte Lieferketten verschärfen die Situation“, sagt Wahl. ■



Das Gesetz der Lieferketten

GLOBALE ARBEITSTEILUNG Mit dem Kostenargument verlagerten Hersteller jahrelang ihre Produktion in Länder außerhalb Europas. Nicht eingepreist wurde die soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

Von Fabienne Melzer



In Indien baden Gläubige im Fluss Yamuna. Das 1300 Kilometer lange Gewässer gilt als eines der am meisten verschmutzten der Welt. Auch niedrige Umweltstandards machen Produktion in Asien günstiger.

Eben noch war es nur ein Skelett mit ein paar Kabeln. Wenige Stationen später ist es ein schicker Ledersitz, bereit, in den Wagen eingebaut zu werden, der im Werk von Daimler, sechs Kilometer entfernt, bereits durch die Montage läuft. 60 Autositze bauen die Beschäftigten bei Lear in Bremen stündlich zusammen – aus Teilen, die oft eine Weltreise hinter sich haben. Allein beim Lederbezug zählt der Betriebsratsvorsitzende Holger Zwick fünf Stationen auf dem Weg nach Bremen. „Es fängt mit der Kuh an, die irgendwo in Südamerika auf der Weide stand. Von der Schlachtereier geht es in die Gerberei. In Ungarn wird das Leder zugeschnitten und in Rumänien oder Moldawien genäht. Zum Schluss beziehen wir damit den Sitz.“

Eine Kette von Gliedern, die sich rund um den Globus spannt. Solche Lieferketten können sehr fragil sein, wie die vergangenen Monate gezeigt haben. Auch der Autozulieferer Lear bekam das zu spüren. Als im September ein Schiff mit Teilen für die Autoproduktion in Malaysia im Lockdown festhing, standen bei Daimler in Bremen die Bänder still – und damit auch beim Hersteller der Autositze.

Hersteller bleiben skeptisch

Die Angst vor Materialengpässen und Produktionsausfällen gerade bei medizinischen Produkten hat die Diskussion um Lieferketten, ihre Stabilität und ihre Verkürzung in den vergangenen Monaten angeheizt. Die Bundesregierung will Anreize schaffen, strategisch wichtige Medikamente wieder in Europa zu produzieren. Doch die Hersteller bleiben skeptisch. So sagt Andreas Aumann, Pressesprecher des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie: „Solange Unternehmen, die in Deutschland und Europa produzieren, bei den Ausschreibungen der Krankenkassen mit Anbietern aus Fernost im Cent-Bereich mithalten müssen, ist es für viele Arzneimittelhersteller ökonomisch kaum möglich, ihre Produktion in Deutschland oder Europa aufzubauen.“

Für Antibiotika bezieht Deutschland zurzeit 80 Prozent aller Vorprodukte aus Fernost. Geringere Lohnkosten, Umwelt- und Sicherheitsstandards machten Standorte in Indien und China unschlagbar etwa für die Produktion generischer Arzneimittel.

Der Wettbewerb um niedrige Produktionskosten trieb die globale Arbeitsteilung jahrzehntelang an. Deutsche Unternehmen verlagerten die Herstellung von Vor- und Zwischenprodukten vor allem ins außereuropäische Ausland – und damit oft auch ihre Verantwortung. Erst im Sommer verabschiedete die Bundesregierung ein Lieferkettengesetz, das Konzerne auch für soziale und ökologische Standards bei Zulieferern in die Pflicht nehmen will.

Das Recht, Standorte zu besuchen

Albert Kruft, Sekretär des Europäischen Betriebsrats beim Chemiekonzern Solvay, sieht durchaus positive Seiten der Entwicklung: „Die Globalisierung hat sicher mehr Wohlstand gebracht.“ Allerdings oft zulasten von Arbeitnehmerrechten, fairen Löhnen oder Umweltschutz in den Produktionsländern. Um den Dumpingwettbewerb auf Kosten von Mensch und Natur zu begrenzen, setzen Gewerkschafter wie Kruft auf globale Rahmenvereinbarungen, in denen sich die Unternehmen unter anderem verpflichten, Standards bei den Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfung im eigenen Unternehmen, aber auch bei Zulieferern einzuhalten. Meist gehen solche Vereinbarungen über gesetzliche Vorgaben hinaus, wie die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Analyse „Soziale Standards in Lieferketten“ zeigt: „Sie beziehen gewählte Arbeitnehmervertreter ein, etablieren Solidarität und Austausch zwischen den Produktionsstandorten und unterbinden so auch einen wirtschaftlichen Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards.“

Solvay hat mit dem globalen Gewerkschaftsbund eine internationale Rahmenvereinbarung abgeschlossen, die auch Bestandteil der Verträge mit Lieferanten sein muss. Vor Corona besuchte der Betriebsrat jedes Jahr einen der weltweiten Standorte. „Wir fahren immer dorthin, wo es in der Vergangenheit Probleme gab“, sagt Kruft, „etwa Arbeitsunfälle oder ein Zutrittsverbot für Gewerkschaften.“ Auf diesem Weg kamen mexikanische Gewerkschaften zu Büros und E-Mail-Adressen im Unternehmen, und in Indien überzeugte man das Management davon, dass sich Gewerkschaften untereinander austauschen können. „Da lagen zwei Standorte nur 30 Kilometer voneinander entfernt, und die Gewerkschafter kannten sich nicht“, erzählt Kruft. ►



Albert Kruft, Sekretär des Europäischen Betriebsrats bei Solvay, ist froh, dass es eine globale Rahmenvereinbarung mit dem Unternehmen gibt.

► Der Betriebsrat hat das Recht, die Standorte zu besuchen und mit den Beschäftigten sowie den Gewerkschaften vor Ort zu sprechen. Dennoch hängt nach Krufts Erfahrung viel von der Führung ab. „Wenn der CEO wechselt, fangen wir immer wieder von vorne an“, sagt Kruft. „Gut, dass wir die Verträge haben.“

Beim Autozulieferer Lear stoßen die Arbeitnehmervertreter dagegen auf großen Widerstand. „Auf dem Papier gibt es zwar gewisse arbeitsrechtliche Standards“, sagt Betriebsratschef Holger Zwick, „aber wir können sie oft nicht überprüfen, weil Gewerkschaften keinen Zugang haben.“ In Marokko etwa kommen sie nur mit Ankündigung des Managements in Betriebe. Entsprechend verlaufen solche Besuche, wie Jochen Schroth, Leiter des Bereichs Transnationale Gewerkschaftspolitik bei der IG Metall, aus Vor-Coronazeiten berichtet: „Als wir dort einen Betrieb besichtigten, haben uns die Betreuer hermetisch abgeschirmt, damit wir nicht mit den Beschäftigten sprechen können.“

Das reine Schielen auf die Lohnkosten kann unter Umständen teuer werden, wie die Pandemie gezeigt hat. Bei zukünftigen Standortentscheidungen könnte dieser Faktor nach Ansicht

von Steffen Kinkel, Professor für International Business, vernetzte Wertschöpfung und Innovationsmanagement an der Hochschule Karlsruhe, mehr Gewicht bekommen. Er geht davon aus, dass für viele Hersteller die Resilienz von Lieferketten neben den reinen Kosten künftig eine größere Rolle spielen wird. Europäische Hersteller könnten höhere Kosten durch größere Zuverlässigkeit wettmachen. „Hier könnte für sie eine Chance liegen“, sagt Kinkel.

Um die Versorgung mit Schutzmasken und -kleidung in der Coronapandemie zu sichern, hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr den Aufbau heimischer Produktion mit Zuschüssen gefördert. Eine langfristige Versorgung garantieren solche punktuellen Maßnahmen nach Auffassung von Betriebsräten aus dem Maschinenbau, der Medizintechnik und der Pharmaindustrie nicht. In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept, das die Erforschung und Produktion medizinischer Produkte in Europa über 2023 hinaus gewährleistet. Die staatliche Förderung müsse an Kriterien wie Gute Arbeit, Beschäftigungssicherung und das Erreichen von Klimazielen geknüpft werden.

Autozulieferer wie Lear sieht Jochen Schroth von der IG Metall allerdings noch immer unter enormem Verlagerungsdruck: „Zulieferer werden immer dort produzieren, wo es billiger ist“, sagt Schroth. Daran änderten bislang auch Störungen der Lieferketten nicht viel. Martina Fuchs, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialgeographischen Instituts der Universität Köln, untersuchte in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011 auf die globale Wertschöpfung und kam zu dem Schluss: „Lerneffekte in Bezug auf Outsourcing waren infolge der Katastrophe in Japan nicht festzustellen.“ Letztlich berichtete ein Betriebsrat, hing die Vergabe weiter vor allem an den Kosten.

Internationale Solidarität

Der Europäische Betriebsrat (EBR) von Lear wollte mehr über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten außerhalb der Europäischen Union erfahren und lud zu seiner Sitzung im Mai 2019 auch Gewerkschafter aus Südafrika und Serbien

Martina Fuchs: **Risiken weltweiter Wertschöpfungsketten:** Maßnahmen und Lernprozesse in deutschen Metallunternehmen nach der Katastrophe in Japan im März 2011. Working Paper No. 2011-01. Wirtschafts- und sozialgeographisches Institut der Universität Köln, Köln, Oktober 2011

Oliver Emons/Barbara Fulda/Ernesto Klengel/Marc Schietinger: **Soziale Standards in Lieferketten.** Ein Überblick über Instrumente und Ansätze. Forschungsförderung, Working Paper Nummer 207. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, März 2021

Holger Zwick, Betriebsratsvorsitzender Lear Bremen, nimmt das Firmenmotto ernst: „Together we win.“

ein. Das Management forderte den EBR auf, die Vertreter aus den beiden Nicht-EU-Ländern vom Austausch auszuschließen. Der EBR lehnte das einstimmig ab, und das Management verließ die Sitzung ohne ein Wort. Für Jochen Schroth ein Zeichen internationaler Solidarität: „Es zeigt, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen.“ IG Metall und Betriebsrat wollen erreichen, dass alle Standorte der Organisationseinheit Europa-Afrika Vertreter in den EBR wählen können.

Betriebsratsvorsitzender Holger Zwick will den Konzern beim Wort nehmen: „Together we win“, heißt das Firmenmotto“, sagt Zwick. „Together“, das geht für ihn nur mit allen Beschäftigten weltweit. Als Nächstes will der Betriebsrat eine Gesamtbetriebsvereinbarung zum Lieferkettengesetz aushandeln. Das Gesetz ist aus Sicht der Gewerkschaften ein Schritt zu besseren Arbeitsbedingungen und mehr Umweltschutz entlang der Lieferkette. „Aber ihm fehlt der Hebel, um es durchzusetzen“, kritisiert Zwick. „Das funktioniert nur über politischen Druck, auch über unseren Aufsichtsrat.“

Der Betriebsrat will weltweit anhand eines Indikatorenkatalogs und nach einem festgelegten Verfahren die soziale und ökologische Nach-

haltigkeit prüfen. „Wir möchten, dass das, was Lear erzählt, auch tatsächlich passiert“, sagt Zwick. Vor allem von der ökologischen Nachhaltigkeit verspricht sich der Betriebsrat einen Vorteil. Mit den Lohnkosten in Osteuropa oder anderswo auf der Welt kann der Standort in Bremen nicht konkurrieren. Deshalb will der Betriebsrat die Lieferketten auch hinsichtlich ihres ökologischen Fußabdrucks prüfen. „Wir möchten gerne wissen, wie viel CO₂ entlang der Lieferkette erzeugt wird“, sagt Zwick. Am Beispiel des Ledersitzes heißt das: Wie wurde die Kuh gehalten, mit welchen ökologischen Folgen? Wie geht die Gerberei mit Wasserverbrauch und Chemikalien um? Wie viel CO₂ setzt der Transport frei? „Wenn auch diese Kosten ein Preisschild bekommen, können wir bei Verlagerungsplänen ganz anders diskutieren“, sagt Zwick. Damit kommt keine Produktion nach Deutschland zurück, aber die ein oder andere Verlagerung könnte vielleicht zu teuer werden und ausfallen. ■

Ausbildung für die Produktion von Autositzen bei Lear in Bremen



Fotos: Cordula Kropke



EINE STADT HOLT SICH IHRE KLINIK ZURÜCK

GESUNDHEIT Nach der Privatisierung wurde das Klinikum Peine ausgezehrt. Betriebsrat, Belegschaft und Bewohner kämpften für den Erhalt. Nun gehört die Klinik wieder dem Landkreis.

Von **Annette Jensen** – Fotos **Christian Burkert**



MARKUS RITTER gehört seit 30 Jahren dem Betriebsrat des Klinikums Peine an. Als die Insolvenz über das Haus hereinbrach, war ihm klar: „Jetzt geht es um unsere Existenz.“

Manchmal braucht es eine ganze Stadt, um etwas zu bewegen. Im niedersächsischen Peine kämpften nicht nur Beschäftigte und Betriebsrat für den Erhalt des Klinikums, auch die Belegschaft des örtlichen Stahlwerks, der Peiner Umformtechnik und ein Schokoladenhersteller solidarisierten sich. Mit Erfolg: Im vergangenen Herbst ging das einst privatisierte Klinikum für einen Euro an die Kommune zurück. Für den Betriebsratsvize Markus Ritter ist damit noch nicht alles gut. Aber er weiß nun, wie man Kämpfe gewinnt. „Nicht aufgeben und die Leute überzeugen“, sagt der OP-Pfleger, der seit 32 Jahren in Peine arbeitet und seit fast 30 Jahren dem Betriebsrat angehört. Sein Einsatz verschaffte dem Gremium nun den zweiten Platz beim Deutschen Betriebsräte-Preis.

Anfang der 2000er Jahre beschloss der Landkreis, einen Investor für das Klinikum zu suchen. Damals glaubten viele Kämmerer, dass Private alles besser und billiger können. 65 Millionen Euro hoffte der Kreis durch den Verkauf einzunehmen. Doch nach langem Gerangel zwischen den Krankenhauskonzernen und dem Kreis blieb nur noch ein Interessent übrig. Letztlich ging das Klinikum Peine für einen Euro an das AKH Celle, eine Stiftung bürgerlichen Rechts.

Der folgende Auszehrungsprozess verlief schleichend. Verwaltung, Wäscherei und Sterilisationsabteilung wurden ausgelagert. Doch die Kosten überstiegen die Einnahmen, und so schmolzen die Rücklagen dahin. „Wir hatten in der ganzen Zeit kaum Einblick in die Finanzströ-

me“, berichtet Ritter. Als dann eine Bürgerschaft ausfiel, kam es im März 2020 zur Insolvenz. „Wir haben das an einem Freitagnachmittag erfahren und sofort war klar: Hopp oder topp – es geht um die Existenz unserer Klinik und um unsere Arbeitsplätze“, fasst der 59-Jährige zusammen.

Es folgte eine beispiellose Mobilisierung in der Stadt und im Landkreis – und das alles unter Coronabedingungen. Eine Onlinepetition brachte über 40 000 Unterschriften. Ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender bestückte die Internetseite fast täglich mit aktuellen Informationen, Rentnerinnen und Rentner tingelten durch die Läden und sammelten Unterstützungsunterschriften. Die Belegschaften des Stahlwerks und der Peiner Umformtechnik solidarisierten sich, ein Schokoladenhersteller schickte der Klinikbelegschaft immer wieder Nervennahrung. „Wir haben gemerkt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Leute wollen, dass die Klinik erhalten bleibt“, erzählt der Betriebsratsvize.

Die Gewerkschaft Verdi stand dem Gremium die ganze Zeit zur Seite. „Jede Sitzung, jede Pressemitteilung haben sie begleitet. Bruno Gerkens aus Braunschweig und Nanni Rietz-Hering vom Verdi-Ortsverein haben uns super unterstützt. Besser ging es gar nicht“, lobt Ritter, der selbst Verdi-Mitglied ist.

Die Wege in der 50 000-Einwohner-Stadt sind kurz. Weil sein Sohn bei der Peiner Umformtechnik gelernt hatte, wusste Ritter, dass deren Betriebsrat einen guten Anwalt kennt. „Ich habe ihn angerufen, und noch am selben Tag hat er



**Gewinner
des Deutschen
Betriebsräte-
Preises 2021**

das Mandat übernommen“, erinnert sich Ritter. Auch die Zusammenarbeit mit dem Insolvenzverwalter lief gut. Dank des Rückenwinds aus der Bevölkerung gelang es, die Politik ins Boot zu holen. Der Geschäftsführer des AKH Celle behauptete, es gebe mehrere Interessenten, doch Betriebsrat, Landkreis und Stadt ließen sich nicht foppen. „Keiner wollte, dass die sich noch einmal auf unsere Kosten die Taschen vollstopfen“, bringt Ritter die Lage auf den Punkt. Im Oktober 2020 übernahmen Landkreis und Stadt die Klinik für einen Euro. Inzwischen haben sie 30 Millionen Euro Rücklagen gebildet.

Schwierig war es dagegen, die Kolleginnen und Kollegen an Bord zu halten. Die Insolvenz hatte viele verunsichert, zugleich versuchten andere Krankenhäuser, Personal aus Peine abzuwerben. „Die haben Postkarten verteilt, und Helios fuhr mit einem plakatierten Lkw vor“, erzählt Ritter. Hinzu kam, dass der Betriebsrat wegen der

Pandemie keine Chance hatte, die Stationen zu besuchen. Im vergangenen Jahr verließen alle Chefärztinnen und -ärzte sowie ein Teil des Pflegepersonals die Klinik. Die Oberärzte traten daraufhin an ihre Stelle und es gelang, die vakanten Stellen aufzufüllen. Beim Pflegepersonal herrscht dagegen nach wie vor Mangel. Zugleich gelang es dem Betriebsrat aber auch, klarzumachen, dass die Klinik nur mit guten Arbeitsbedingungen eine Zukunft haben kann. So wurden die outgesourcten Abteilungen zurückgeholt und ins Tarifgefüge eingegliedert.

Ein extrem hartes Jahr liegt hinter Ritter: „Als OP-Pfleger hätte ich sehr einfach anderswo einen Job bekommen können. Aber ich will, dass Peine ein attraktiver Wohnort bleibt – und dazu gehört ein eigenes Krankenhaus.“ Keine Frage, er und seine Kolleginnen und Kollegen bleiben dran. Das Ziel: ein dauerhaft tragfähiges Unternehmen mit 270 Betten. ■

Ein Teil der Mitarbeiter, die das Klinikum während der Insolvenz verlassen hatten, ist inzwischen zurückgekehrt.



KURZPORTRÄT

Wir bestimmen mit

LUTZ PSCHERER, Aufsichtsrat bei 50Hertz in Berlin

Text **Fabienne Melzer** – Foto **Stephan Pramme**

Für Alibiveranstaltungen war Lutz Pscherer nie zu haben. „Ich habe immer gesagt: Wer mich in die Mitbestimmung holt, muss damit rechnen, dass ich auch mitbestimmen will.“ Mitbestimmen, das tut der 66-jährige inzwischen seit über 30 Jahren beim Energieversorger 50Hertz, dem Betreiber des Übertragungsnetzes in den neuen Bundesländern, Hamburg und Berlin. Ende der 1970er Jahre hatte er bei dem Vorgängerunternehmen Kombinat Verbundnetze Energie in Berlin angefangen. Nach dem Mauerfall Ende 1989 diskutierte er mit Kollegen, wie die Gewerkschaftsarbeit weitergehen soll. Er war im April 1990 Mitgründer der neuen Gewerkschaft IG BEW, die im September 1990 mit der IG BE der alten Bundesrepublik und 1997 mit der IG Chemie und der IG Leder zur heutigen IG BCE fusionierte.

Die Energiewirtschaft hat sich in dieser Zeit sehr verändert. „Früher waren die Vorhaben der Energieversorger quasi Gesetz“, sagt Pscherer. „Inzwischen müssen sie sich der öffentlichen Diskussion stellen, und das ist ihnen am Anfang schwergefallen.“ Doch nicht nur die Debatte über eine umweltfreundliche Energieversorgung hat sich gewandelt, auch die Unternehmen veränderten sich. Anfang der 1990er Jahre arbeiteten bei der damaligen VEAG rund 32 000 Menschen, 2002 waren es dann bei Vattenfall Europe noch 6000. Gleichzeitig konnten durch Neugründungen der VEAG 8000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ohne die Mitbestimmung, ist sich Pscherer sicher, wäre das nicht möglich gewesen. „Ich war im Aufsichtsrat der VEAG mit für Neugründungen zuständig und habe das Thema immer wieder vorangetrieben.“

Überhaupt ist der Wandel das einzig Beständige, findet Pscherer, aber auch eine Chance für Gewerkschaften. „Was bieten sie, was Menschen anspricht?“, fragt er, und seine Antwort: „Wir können den Wandel der Arbeit gestalten.“ So legte der Betriebsrat von 50Hertz das Projekt „Moderne Arbeitswelt“ auf, mit dem das Unternehmen am Ideenpitch der diesjährigen Labors der Hans-Böckler-Stiftung teilnahm. In fast 100 Workshops wollten die Betriebsräte von den Beschäftigten wissen, wie sie arbeiten wollen und was sie für eine gesunde Arbeit brauchen. Inzwischen gibt es eine Projektgruppe „Moderne Arbeitswelten“, in der sich interessierte Beschäftigte und Betriebsräte um Themen wie moderne Arbeitszeitgestaltung kümmern. „Wir wollen die Menschen befähigen und ermuntern, die Organisation ihrer Arbeit und der Arbeitsbedingungen in Abstimmung mit den Unternehmen selbst in die Hand zu nehmen“, sagt Pscherer. Es ist dem Aufsichtsrat wichtig, dass die Menschen selbstbestimmt arbeiten können. Er selbst wuchs in der DDR auf. Nach dem Abitur studierte er Physik. 1975 sollte er Produktionserfahrungen sammeln und wurde Schaltwärter im Kraftwerk Espenhain. Anschließend studierte er Elektrotechnik und Energieversorgung in Zittau. Als Betriebsrat vermisste er die Technik. Ganz losgelassen hat er sie nicht. Er hält Vorlesungen an der Hochschule in Zittau und behält so den Anschluss an den technischen Fortschritt. Bereut hat er den Wechsel in die Mitbestimmung nie. „In meinem Beruf hätte ich niemals so viele interessante Menschen kennengelernt, und ich hätte auch nicht so viele Möglichkeiten gehabt, Dinge zu verändern und mitzugestalten.“



Walburga Erichsmeier, stellvertretende Bezirksgeschäftsführerin des Verdi-Bezirks Ostwestfalen-Lippe, KBR-Vorsitzende Katrin Meier und ihr Stellvertreter Matthias Müller (v. l. n. r.) kämpften sieben Jahre für einen Konzernbetriebsrat für die privatisierten Unternehmen des Kreises.

Im Dauerclinch

ARBEITSRECHT Im Kreis Lippe gibt es seit Kurzem einen Konzernbetriebsrat für die privatisierten Kreisunternehmen. Das Gremium formierte sich gegen den Willen des Landrats, der auch nach einer höchstrichterlichen Grundsatzentscheidung nicht klein beigt.

Von Joachim F. Tornau – Fotos Karsten Schöne

Kalt zieht es durch die Lüftungsschlitze in der Außentür über den gekachelten Fußboden: Es ist noch nicht allzu lange her, da wurden hier Leichen aufgebahrt. Der kleine Raum im Untergeschoss der Kreissenioreneinrichtung im lippischen Detmold diente dem Abschied von verstorbenen Heimbewohnern. Bis heute hängen geblieben sind die schweren Vorhänge, mit denen sich die Aussicht durchs einzige Fenster auf Parkplatz und Altpapiercontainer pietätvoll verhüllen lässt. Nur das mächtige Holzkreuz ist verschwunden, es steht jetzt achtlos abgestellt in einer Kammer nebenan.

Wer sich bis hierhin durchschlägt, vorbei an Wäschewagen bis ans Ende eines Kellerflurs, findet neben der Tür ein Holzgerahmtes Schild: „Konzernbetriebsrat Kreis Lippe“ steht darauf. Ob ein zugiger und muffiger Kellerraum mit morbider Vergangenheit als Betriebsratsbüro zumutbar ist, darüber liegt das Gremium mit Landrat Axel Lehmann noch im Clinch. Doch dass es diesen Konzernbetriebsrat (KBR) und dieses Domizil überhaupt gibt, ist bereits ein großer Erfolg für die beteiligten Arbeitnehmervertretungen.

Für diesen Erfolg kämpfen sie jetzt schon seit sieben Jahren. Von Detmold soll ein Signal ausgehen, wünscht sich Walburga Erichsmeier, die stellvertretende Geschäftsführerin von Verdi in Ostwestfalen-Lippe. Sie hofft, „dass Betriebsräte ausgegründeter kommunaler Unternehmen jetzt auch andernorts diesem Beispiel folgen und einen Konzernbetriebsrat gründen“. Die Chancen stehen gut, denn dank der Zähigkeit der Pioniere aus Lippe ist mittlerweile höchststrichterlich geklärt, dass das möglich ist.

Im vergangenen Jahr entschied das Bundesarbeitsgericht zu ihren Gunsten: Auch bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie einer Stadt oder einem Landkreis, die eigentlich dem Personalvertretungsrecht unterliegen, kann ein Konzernbetriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz gegründet werden – als gemeinsame Vertretung für alle privatisierten Unternehmen, an denen die Kommune weiterhin die Mehrheit hält. In Lippe betrifft das nicht weniger als 14 Kreisunternehmen, vom Klinikum über die Senioreneinrichtungen bis zu den Verkehrsbetrieben.

„Damit ist eine wichtige Grundsatzfrage geklärt und eine Lücke in den Mitbestimmungsstrukturen geschlossen worden“, erklärt Johanna Wenckebach, Direktorin des Hugo Sinzheimer



Die Behinderung setzt sich nahtlos fort. Wir sollen mürbe gemacht werden.“

MATTHIAS MÜLLER, stellvertretender KBR-Vorsitzender

Instituts für Arbeits- und Sozialrecht der Hans-Böckler-Stiftung. „Es ist ja eine häufige Konstellation, dass Unternehmen ausgelagert, aber weiter öffentlich-rechtlich beherrscht werden.“ Oftmals würden die für die Beschäftigten wesentlichen Entscheidungen dabei weiter von den kommunalen Gremien, von Bürgermeistern, Landräten und Kämmerern getroffen, also auf Konzernebene. „Die Geschäftsführungen der Einzelunternehmen sind dann bloß ausführende Organe“, sagt die Arbeitsrechtlerin. „Ohne einen Konzernbetriebsrat, der dort angesiedelt ist, wo tatsächlich entschieden wird, drohen Mitbestimmungsrechte ins Leere zu laufen.“

Bei den Unternehmen des Landkreises Lippe sind etwa Lohnabrechnung und Personalwesen unternehmensübergreifend organisiert; ►

Zwischen
Müllcontainern:
Der Eingang zum
Betriebsratsbüro





Ohne einen Konzernbetriebsrat, der dort angesiedelt ist, wo tatsächlich entschieden wird, drohen Mitbestimmungsrechte ins Leere zu laufen.“

JOHANNA WENCKEBACH, Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts

► eine wirksame Betriebsvereinbarung zur Begrenzung der Datenflüsse kann deshalb nur auf Konzernebene abgeschlossen werden. In anderen Bereichen, so die KBR-Vorsitzende Katrin Meier, „stehen wir vor den gleichen Problemen“. Da brauche es umfassende Lösungen – etwa für den dramatischen Pflegenotstand, der die Beschäftigten im Klinikum und in den Senioreneinrichtungen belaste.

Doch das sah und sieht man im Detmolder Kreishaus offensichtlich ganz anders. Wohlwollend schaute Landrat Axel Lehmann zu, wie einzelne Kreisunternehmen, unterstützt vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen, den Rechtsstreit um die Errichtung des Konzernbetriebsrats durch drei Instanzen bis zum Bundesarbeitsgericht trieben. Der Sozialdemokrat versteckt sich hinter der „bundesweiten Bedeutung“ des Verfahrens – und hinter den Geschäftsleitungen der Unternehmen. Die hätten das „eigenverantwortlich“ so entscheiden, lässt Lehmann ausrichten.

Kein Einfluss des Landrats, des obersten Dienstherrn also? Nicht nur beim Konzernbetriebsrat hält man das für wenig glaubhaft, zumal von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit

der Arbeitnehmervertretung auch nach dem Spruch der Erfurter Richter nicht die Rede sein kann. „Die Behinderung setzt sich nahtlos fort“, sagt der stellvertretende KBR-Vorsitzende Matthias Müller. „Wir sollen mürbegemacht werden.“ Nicht ein einziges Mal habe sich der Landrat bislang bei dem Gremium sehen lassen. Arbeitsmittel und ein Büro wollte er zunächst gar nicht zur Verfügung stellen. Es reiche doch, was die Betriebsräte hätten, hieß es. Erst nachdem der KBR deswegen neuerliche Klagen beim Arbeitsgericht einreichte, gab der Landkreis scheinbar gerade so viel nach, wie sich nicht mehr vermeiden ließ.

Im September, mehr als ein Jahr nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, wurde Meier, Müller und ihren Mitstreitern der ehemalige Leichenaufbewahrungsraum zugewiesen. Eigenes Mobiliar haben sie noch immer nicht. „Vom Bleistift bis zum Sessel, alles muss erstritten werden“, sagt die Vorsitzende. Auf drei Seiten listete die Arbeitnehmervertretung auf, was sie benötigt, um arbeitsfähig zu sein. „Wir mussten begründen, warum wir 20 Aktenordner brauchen.“ Wie über die Angemessenheit des Büros wird auch über diese Liste nun vor Gericht verhandelt. Immerhin: Gegen Locher, Textmarker, Briefmarken oder Büroklammern erhebt der Landkreis keine Einwände. Aber einen Aktenvernichter, einen Taschenrechner oder Fachliteratur möchte er nach wie vor nicht bezahlen.

„Eigentlich könnte man darüber lachen“, meint Gewerkschafterin Erichsmeier, „wenn es den Konzernbetriebsrat nicht immer weiter an der Arbeit hindern würde.“ Mehrfach habe sich Verdi um ein Gespräch mit Landrat Lehmann bemüht. Stets vergeblich. „Es war nicht möglich, mit ihm einen außergerichtlichen Konsens hinzubekommen. Bis heute nicht.“ Da mutet das jüngste Statement des SPD-Politikers fast wie Hohn an: „Ich habe kein Interesse, dass in derartigen Fragen die Arbeitsgerichtsbarkeit bemüht wird“, verkündet Axel Lehmann. „Wenn das Grundsätzliche nun geklärt sein wird, hoffe ich, dass man zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit in Fragen der Arbeitnehmerbelange kommen kann.“ ■

Zum Nachlesen

Der Beschluss des Bundesarbeitsgerichts:
www.bag-urteil.com/26-08-2020-7-abr-24-18/

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

Standards für die Zukunft setzen

Der Wandel der Arbeitswelt stellt Betriebs- und Personalräte vor ganz unterschiedliche Aufgaben. Sie müssen den Einsatz von und den Umgang mit digitaler Technik regeln und Lösungen für den Wunsch nach mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben finden. Wie unterschiedlich die Themen sein können, zeigen fünf Unternehmensporträts. Das Spektrum reicht von Digitalisierung und Rationalisierung über Gesundheitsschutz bis zur Organisation der Betriebsratsarbeit.

Dabei setzen die Arbeitnehmervertreter in den fünf Beispielbetrieben unterschiedliche Instrumente ein. Der Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Wiesbaden hat eine Checkliste entwickelt, anhand derer Digitalisierungsprojekte von Anfang an begleitet und hinsichtlich Guter Arbeit geprüft werden. Der Container Terminal Altenwerder und die Eurogate-Gruppe haben mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Tarifverträge vereinbart, die die Beschäftigten bei Rationalisierungen schützen. Containerhäfen stehen unter großem Wettbewerbsdruck, weshalb in dieser Branche die Automatisierung schneller voranschreitet als anderswo.

Die Zurich Gruppe Deutschland, Evonik und Merck haben Betriebsvereinbarungen zu unterschiedlichen Themen abgeschlossen. Bei dem Versicherungsunternehmen gab der Umzug in neue Räume mit offenem Bürokonzept den Anstoß, das Thema Gesundheit besonders in den Blick zu nehmen. Ziel der Betriebsvereinbarung ist eine Arbeitskultur, die die Gesundheit der Beschäftigten nachhaltig fördert. Der Betriebsrat von Evonik hat den Tarifvertrag der Chemiebranche „Moderne Arbeitswelt“ in eine Gesamtbetriebsvereinbarung umgesetzt, die den Beschäftigten mehr Flexibilität ermöglicht und ihren Wünschen nach mehr Freizeit entgegenkommt. Bei Merck hat die Arbeitnehmervertretung die Betriebsratsarbeit neu organisiert und die Beschäftigten stärker einbezogen. Die Vereinbarung ermöglicht mehr Demokratie in der Mitbestimmung.

Bei allen Unterschieden zeigt sich in den fünf Porträts eine Gemeinsamkeit: Mit diesen Vereinbarungen wurden Standards für die Zukunft gesetzt. Die Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt hat bereits begonnen. Je früher Regelungen vereinbart werden, desto besser. ■



Die fünf Porträts zum Nachlesen unter:

Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten. Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) in der Hans-Böckler-Stiftung, imu-boeckler.de



„Wir müssen das Ohr aufs Gleis legen“

STIFTUNG Im September kehrte Claudia Bogedan als Geschäftsführerin zur Hans-Böckler-Stiftung zurück. Im Gespräch erzählt sie, wie sie im Politikbetrieb geerdet blieb und wie sie ihre Erfahrungen aus sechs Jahren als Bildungsministerin für die Stiftung nutzen will.

Das Gespräch führten **Kay Meiners** und **Fabienne Melzer**

” Vor 100 Tagen haben Sie die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung übernommen. Was macht eine gute Geschäftsführerin aus?

CLAUDIA BOGEDAN: Eine gute Geschäftsführerin muss wissen, wohin sie ihre Organisation entwickeln will. Sie muss mit den Beteiligten Ziele vereinbaren und am Ende für deren Um- und Durchsetzung sorgen. Der Hans-Böckler-Stiftung geht es dabei wie vielen anderen Unternehmen: Wir wollen eine digitale und diverse Organisation sein, in der die Beschäftigten motiviert sind und ihre Belange mitgestalten können. Damit wir unsere Rolle in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Sinne unserer Stakeholder weiter stärken.

Welche Eigenschaften braucht es, damit das gelingt?

BOGEDAN: Wir müssen vorausschauend agieren und die Relevanz von Themen frühzeitig erkennen. Wir müssen, wie im klassischen Western, das Ohr aufs Gleis legen, um den Zug zu hören, bevor wir ihn sehen. Gleichzeitig müssen wir in der eigenen Organisation für Transparenz und Austausch sorgen. Nach meiner Erfahrung gelingt das nur, wenn man im Gespräch bleibt.

Sie haben schon einmal in der Stiftung gearbeitet, erst am WSI, dann als Leiterin der Forschungsförderung. Wie ist Ihr erster Eindruck nach Ihrer Rückkehr?

BOGEDAN: Ich bin begeistert, wie stark die Stiftung im politischen Raum und auch in den relevanten Medien vertreten ist. Das ist eine großartige Leistung, die da in den letzten Jahren gelungen ist. Die Stiftung wirkt qualitativ nach außen, und sie strahlt Exzellenz aus.

Von 2015 bis Juli dieses Jahres waren Sie Senatorin für Kinder und Bildung im Senat der Freien Hansestadt Bremen. Warum sind Sie am Ende zurückgetreten?

BOGEDAN: Es war ein Mix aus drei verschiedenen Gründen. Der schwerwiegendste war die Pandemie und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche. Alles, wofür ich politisch gekämpft habe, nämlich Kindern Zugänge zu Bildung zu eröffnen, wurde ins Gegenteil verkehrt. Schulen und Kitas durften nur eingeschränkt besucht werden. Das hat die

am härtesten getroffen, die mir immer besonders am Herzen lagen: Kinder, die es aus unterschiedlichen Gründen im Leben nicht so gut getroffen haben. Und davon gibt es in Bremen leider besonders viele.

Der zweite Grund ist, dass ich auch eine Verantwortung gegenüber meinen eigenen Kindern habe. Sie sollten nie unter meinem Beruf leiden. In der Pandemie haben aber auch sie sehr unter der Situation gelitten, auch unter der Art und Weise, wie in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Der dritte Grund war schließlich die Möglichkeit, zur Hans-Böckler-Stiftung zurückzukehren.

Es gab auch Konflikte mit der GEW, die Wechselunterricht forderte, während Sie die Schulen und Kitas offen gehalten haben. Wie ist jetzt Ihr Draht zur GEW?

BOGEDAN: Tatsächlich ist mein Draht zur GEW in Bremen nie abgerissen. Da waren die Berichte in den Medien schärfer als das, was am Telefon gesprochen wurde. Die GEW und Verdi haben ja berechtigterweise gefordert, die Beschäftigten zu schützen. Das haben wir auch getan. Bei uns bekamen Lehrkräfte schon ab August 2020 kostenfrei FFP2-Masken. Wir haben Anfang 2021 als erstes Bundesland Tests für alle Beschäftigten und Schüler angeboten und angefangen, Luftfilter anzuschaffen. Unser Weg war, alle Mittel zu nutzen, um die Gesundheit auch in geöffneten Schulen zu schützen.

Aber es ist nicht einfach, als Senatorin alles unter einen Hut zu bringen, die Beschäftigteninteressen, die Interessen der Kinder und womöglich auch noch die der Eltern. Da muss man Kompromisse machen, und damit sind nie alle glücklich.

Sie mussten eine Menge Gegenwind aushalten. Wie gehen Sie damit um?

BOGEDAN: Ich habe immer versucht, mich jenseits der politischen Blase zu erden und aus der realen Welt meine Kraft zu holen, zum einen durch meine Familie, aber insbesondere durch Schul- und Kitabesuche. Da habe ich gesehen, wie meine Entscheidungen am Ende wirken. Das hat mir auch in der Pandemie viel Kraft gegeben, weil trotz des starken Gegenwinds die Mehrheit der Eltern und der Beschäftigten hinter diesem Kurs stand. ►

Nach sechs Jahren als Bildungssenatorin der Freien Hansestadt Bremen übernahm **CLAUDIA BOGEDAN** am 1. September die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin arbeitete bereits vor ihrer Zeit als Senatorin bei der Stiftung. Sie fing 2007 am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) an, wo sie von 2009 bis 2011 das Referat Arbeitsmarktpolitik leitete. Von 2011 bis 2015 leitete sie die Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

► Haben die sechs Jahre Sie verändert?

BOGEDAN: Ja, das kann man nicht anders sagen. Das ist eine besondere Art von Arbeit, eine unmittelbare Verantwortung, in meinem Fall für Hunderttausende von Menschen im gesamten Bundesland. Es ist einerseits toll, weil man etwas gestalten kann. Und andererseits ist Politik ein Aushandlungsprozess, in dem es viele widerstrebende Interessen gibt. Darin immer wieder die Stimme für die Schwächeren und die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu erheben, erfordert eben viel Kraft. Das System macht es einem da nicht leicht.

Was heißt das?

BOGEDAN: Wenn man sich in so einer exponierten politischen Stellung nicht immer wieder vergewissert, was die eigenen Werte sind, kann es passieren, dass man Dinge tut, die einen von den eigenen Werten wegführen. Als politisch Verantwortliche muss ich deshalb jede einzelne Entscheidung immer wieder prüfen, ob sie uns dem gewünschten Ziel näher bringt oder uns davon entfernt. Das ist mitunter nicht einfach, weil ganz viele Kräfte an einem ziehen und zerren.

Gibt es Erfahrungen, auf die Sie gern verzichtet hätten?

BOGEDAN: (lacht) Auf die Twitter-Debatten der letzten Monate. Es ist fast tragikomisch, wenn man als eine beschimpft wird, die Entscheidungen trifft, von denen sie gar nicht wisse, wie sie auf Eltern wirken, aber in Wirklichkeit selbst Kinder hat, die Grundschule und Kita besuchen.

Was nehmen Sie von Ihren Erfahrungen aus der Politik in die Stiftung mit?

BOGEDAN: Wenn wir als Stiftung den Anspruch haben, im Sinne von Beschäftigteninteressen Einfluss auf Politik zu nehmen, dann ist es wichtig, zu verstehen, wie politische Entscheidungen getroffen werden. Dabei spielt der Dialog mit allen demokratischen Parteien, nicht nur den Regierungsparteien, eine wichtige Rolle. Für Regierungen ist es leichter, auf Forderungen zu reagieren, für die es politische und gesellschaftliche Unterstützung gibt. Deshalb ist so wichtig, dass die Hans-Böckler-Stiftung über Presseberichterstattung, über soziale Medien und über unsere vielfältigen Wissenschaftsnetzwerke die öffentli-

chen Diskurse beeinflusst und Meinungsführerschaft bei Themen wie Mitbestimmung und Gute Arbeit beansprucht. Hier hat die Hans-Böckler-Stiftung in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Mit meinem Wissen kann ich den Blick für politische Gelegenheitsfenster und Sachzwänge schärfen.

Gibt es für Sie gesellschaftspolitische Aufgaben, die nur die Stiftung übernimmt?

BOGEDAN: Da sind ganz viele Aufgaben, die uns auszeichnen: Fast zwei Drittel unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten kommen nicht aus Akademikerfamilien. Damit arbeiten wir gegen die Verhältnisse im Bildungssystem, das noch immer Akademikerkinder bevorzugt. Das andere ist unsere Forschung. Mit unseren vier Instituten betreiben wir Eigenforschung aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven und führen sie zusammen. Denn die großen Zukunftsfragen lassen sich nicht mehr von einer Disziplin alleine lösen.

Rechtliche Schlupflöcher, etwa durch das Europarecht, höhlen die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten aus. Wie bedrohlich schätzen Sie diese Situation ein, und was sollen wir tun dagegen?

BOGEDAN: In der Tat gefährdet dies unser Wirtschafts- und Sozialmodell. Die demokratische Mitgestaltung durch Betriebsräte und Aufsichtsräte hat sich bewährt und insbesondere in Krisen ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Leider wissen viele Menschen nicht, dass es Aufsichtsräte gibt, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten sind. Und dass es einen Unterschied macht, ob sie dabei sind oder nicht. Deshalb werben wir grundsätzlich für die Idee der Demokratie und liefern Fakten, was mitbestimmte Unternehmen besser machen.

Wie wichtig ist Ihnen, dass unsere Stiftung europäisch oder international vernetzt ist?

BOGEDAN: Das ist mir sehr wichtig. Auf die großen Fragen unserer Zeit kann es nur internationale Antworten geben. Dafür brauchen wir gemeinsame Zielvorstellungen, und darauf können wir uns nur in internationalen Netzwerken verständigen. Die Hans-Böckler-Stiftung bewegt sich schon in vielfältigen internationalen Bezügen,

aber bei der strategischen Ausgestaltung sehe ich noch Luft nach oben.

Gibt es etwas, das Sie gerne verändern möchten in der Stiftung?

BOGEDAN: Unsere Gesellschaft ist vielfältig und bunt. Doch noch immer werden Frauen, werden Migrantinnen und Migranten oder auch körperlich Beeinträchtigte in Bildung und Ausbildung und in Folge daraus auch am Arbeitsmarkt benachteiligt. Ich möchte die Vielfalt der Kolleginnen und Kollegen in der Hans-Böckler-Stiftung sichtbar machen und wünsche mir eine diversitätsbewusste Organisation. Ich möchte mich zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen auf den Weg machen zu einer Organisation, die digital, divers und demokratisch ist. Denn Mitbestimmung ist bunt.

Wobei in der betrieblichen Mitbestimmung Frauen unter den Betriebsratsvorsitzenden noch immer selten sind.

BOGEDAN: Das ist so. Frauen schrecken aber auch davor zurück, bestimmte Positionen zu übernehmen. Ich will ihnen Mut machen.

Es wird Frauen aber, gerade wenn sie Kinder haben, auch oft nicht zugetraut.

BOGEDAN: Also zumindest muss man allen Frauen sagen, dass sie ein dickes Fell brauchen, wenn sie es dann doch machen. Die Frage „Wo sind denn deine Kinder?“ habe ich permanent gestellt bekommen. Ich möchte da gerne auch Vorbild sein, weil ich selbst in herausgehobener Position Beruf und Familie unter einen Hut bringen muss.

Haben Sie Tipps?

BOGEDAN: Ich komme aus einem eher bildungsfernen Haushalt, und wenn man mehrere Hemmnisse mit sich herumträgt, von denen wir in der Wissenschaft wissen, dass sie den beruflichen Aufstieg oder Erfolg behindern, dann muss man leider immer doppelt arbeiten. Ich habe allerdings auch immer Förderer und Unterstützer gehabt. Das ist auch Teil der Wahrheit, dass es solche Strukturen braucht. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Begabtenförderwerk für Nicht-Akademikerkinder genau solche Strukturen schaffen. Damit tragen wir wiederum dazu bei, dass die Vielfalt auch in Entscheidungsfunktion

nen größer wird. Das betrifft Frauen, aber auch Migrantinnen und Migranten und deren Kinder.

Ist das ein Thema, das Sie persönlich am meisten bewegt?

BOGEDAN: Geschlecht und vor allem auch soziale Herkunft sind nach wie vor die dominanten Merkmale, die Bildungs- und Aufstiegschancen erschweren. Als Senatorin habe ich den Satz geprägt: „Ungleiches muss ungleich behandelt werden.“ Das hat erstaunlich weit getragen, weil es auch bedeutet hat, dass wir Ressourcen ungleich verteilt haben. Wir haben Schulen in ärmeren Stadtteilen viel stärker ausgestattet als andere. Dafür gab es auch Unterstützung aus Kreisen, die nicht davon profitiert haben. Ich bin überzeugt, dass Solidarität eine Gesellschaft stark macht und dass diejenigen, die etwas abgeben können, es auch gerne geben, wenn das Ziel klar ist. ■



Foto: Annette Kemp

„Ich habe immer versucht, mich jenseits der politischen Blase zu erden, insbesondere durch Schul- und Kitabesuche“, sagt Claudia Bogedan, hier während ihrer Zeit als Bildungssenatorin in Bremen.

Die Bodenhaftung nicht verlieren

POLITIK Drei Bundestagsneulinge erzählen über ihre ersten Wochen im Berliner Parlamentsbetrieb, über ihre Ziele und Erwartungen. Eines haben sie auf jeden Fall gemeinsam: Alle drei waren Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung.

Aufgezeichnet von **Jeanette Goddar** – Fotos **Rolf Schulten**



„Etwas für die
Pflegekräfte
erreichen“

Tanja Machalet

„Zehn Jahre war ich Landtagsabgeordnete in Rheinland-Pfalz. Dennoch war mein erster Tag als Parlamentarierin in Berlin besonders. Eine Bundestagspräsidentin wählt man nicht jeden Tag. Und außerdem ist der Deutsche Bundestag einer der weltweit bedeutendsten parlamentarischen Orte.“

Meine Zeit als Landtagsabgeordnete war einerseits wunderbar, die SPD war an der Regierung, ich konnte etwas gestalten. Doch bei meinen Themen – Arbeit und Soziales, Gesundheit und Pflege – geht vieles nicht ohne den Bund. Für die Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser gilt das ebenso wie für die Pflegeversicherung. Deswegen freue ich mich, künftig auf Bundesebene etwas bewegen zu können.

Ich bin Volkswirtin und gelernte Bankangestellte, fand es aber immer wichtig, mich auch außerhalb des Berufs zu engagieren, beispielsweise als Vorsitzende des DRK-Ortsvereins Meudt. Als im Frühjahr 2020 Termine wegfielen – Jubiläen, Empfänge und Ähnliches – habe ich in der frei werdenden Zeit ehrenamtlich im Seniorenheim geholfen.

Ich will im Bundestag etwas für die Beschäftigten in der Pflege erreichen. Der Beruf ist so erfüllend oder könnte es vielmehr sein, wenn die Menschen mehr Zeit hätten. Das gelingt nur mit einem besseren Personalschlüssel, und dafür müssen wir mehr Menschen für den Beruf gewinnen. Bei anderen Themen, wie dem Mindestlohn, sehe ich bereits Bewegung, was mich sehr freut.

In die SPD bin ich schon mit 17 Jahren eingetreten, eine Zeit lang war ich dann auch stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende. Schon wegen dieser Zeit und natürlich als Alumna verfolge ich bis heute, was in der Hans-Böckler-Stiftung los ist.

Sowohl Bettina Kohlrausch, die Wissenschaftliche Direktorin des WSI, als auch die neue Geschäftsführerin Claudia Bogedan kenne ich aus meiner Juso-Zeit.“

Tanja Machalet, 47, holte als erste SPD-Direktkandidatin seit 1998 den Bundestagswahlkreis Montabaur. Die ehemalige Böckler-Stipendiatin studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte anschließend.

„Es ist schon eine besondere Aufgabe, die wir Bundestagsabgeordnete haben. Bewusst wurde mir das beim ersten Betreten des Plenarsaals: Ich konnte spüren, dass das nicht irgendein Job ist. Dass in der Fraktionsitzung die heikle Situation der Ortskräfte in Afghanistan Thema war, passte dazu nur zu gut.“

Mein politisches Engagement begann mit der drohenden Schließung des maroden Schwimmbads in meiner Heimatgemeinde. Mit anderen habe ich 5000 Unterschriften gesammelt und so lange Rabatz gemacht, bis es vom Land Zuschüsse zur Sanierung gab. Ich trat in die SPD ein und wurde mit 18 Jahren jüngster Kreistagsabgeordneter. Nach zehn Jahren Pause von der Politik – in der Zeit wurde ich Leiter des Innovationsprogramms der Deutschen Telekom – wurde ich dann gebeten, als Direktkandidat anzutreten, und in einem basisdemokratischen Prozess nominiert.

Als Digitalexperte möchte ich die Infrastruktur voranbringen, vor allem in ländlichen Regionen, und die Automobil- und Zulieferindustrie auf ihrem Weg in eine nachhaltige Zukunft begleiten. „Fairer Wandel“ – so lautet ja ein Slogan der IG Metall. Ich finde, sie ist da auf dem richtigen Weg.“

„Eine besondere Aufgabe“

Matthias Mieves



Matthias Mieves (SPD), 36, zog als Direktkandidat im Wahlkreis Kaiserslautern in den Bundestag ein. Die Hans-Böckler-Stiftung förderte sein Diplom-Studium in Betriebswirtschaftslehre.



„Betroffene im Blick halten“

Sara Nanni

„Wenn wir Politik gestalten, müssen wir immer die Betroffenen im Blick halten und aufpassen, dass wir nicht die Bodenhaftung verlieren. Das gilt auch für mein Politikfeld, die Außenpolitik. Wer dabei immer wieder anfängt, ob es die Bundeswehr eigentlich geben sollte, kommt kaum dazu, sich konkret zum Beispiel mit der Lage in Afghanistan zu befassen. Viele Menschen kennen die Bundeswehr nur aus Erzählungen, sie haben persönlich gar keine Berührung zu Soldatinnen und Soldaten. Mir ist die Verbindung in die vielfältigen Lebenswelten unserer Gesellschaft

wichtig. Und wenn du als Abgeordnete ehemalige Soldatinnen und Soldaten in der Familie hast, entscheidest du anders über Militäreinsätze.“

Als Parlamentarierin möchte ich mich für eine europäische Außenpolitik einsetzen, die von unten wächst, und den Kontakt zu vielen verschiedenen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen wahren. Auch durch die Böckler-Aktion Bildung kam ich in Kontakt mit Menschen, die ich sonst im Studium nicht um mich hatte. Nach meinem Eindruck war das Stipendium für uns alle nicht nur eine finanzielle Hilfe. Es hat uns auch persönlich gestärkt.“

Sara Nanni (Grüne), 34, zog über die NRW-Landesliste in den Bundestag ein. Sie absolvierte einen Master in Internationalen Studien/Friedens- und Konfliktforschung.

Die kompletten Statements finden Sie unter boeckler.de.

Eine Frage der Perspektive

WISSENSCHAFT Gewerkschafts- und arbeitgebernahe Forscher haben die sozialen Folgen der Coronapandemie in den Blick genommen.

Von **Andreas Molitor**

Fast zwei Jahre nach dem Ausbruch von Corona in Deutschland ist die Debatte zum Einfluss der Pandemie auf das Sozialgefüge der deutschen Gesellschaft eröffnet: Hat Corona bestehende soziale Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt weiter befeuert? Oder ist die Epidemie am Ende sogar der große Gleichmacher? Wie unterschiedlich die Antworten ausfallen können, wenn man die Perspektive geringfügig verändert, zeigen aktuelle Analysen gewerkschafts- und arbeitgebernahe Wirtschaftswissenschaftler sowie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Es ist ein Satz wie eine Kampfansage an all jene, die überzeugt sind, die Pandemie habe die Armen noch ärmer gemacht: „Von einem Anstieg der Einkommensungleichheit kann kurzfristig nicht die Rede sein“, sagt Bernd Fitzenberger, der Direktor des IAB. Die Stärkung des Staates, insbesondere durch das – in vielen Branchen deut-

lich aufgestockte – Kurzarbeitergeld, habe die Einkommen der unteren sozialen Schichten stark und effektiv geschützt, belegt der Wissenschaftler mit Zahlen aus dem ersten Coronajahr. Die Stabilisierung durch das Kurzarbeitergeld sei eine „große Erfolgsgeschichte“.

Bettina Kohlrausch, die Wissenschaftliche Direktorin des WSI, stellt die stabilisierende Wirkung der staatlichen Coronapolitik nicht in Abrede. Ihr Gesamtbefund fällt allerdings deutlich pessimistischer aus – weil sie die Einkommensentwicklung nicht nur während der Coronazeit, sondern seit 2010 in den Blick nimmt. Kohlrausch zeigt, dass das unterste Einkommensdezil, also die zehn Prozent der Erwerbstätigen mit dem niedrigsten verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen, unmittelbar vor Ausbruch der Pandemie exakt beim gleichen Einkommen angelangt war wie im Jahr 2010, während sich insbesondere die Bezieher mittlerer Einkommen im gleichen Zeitraum über kräftige Verdienstzuwächse freuen konnten. Corona hat diese Ungleichheit nicht weiter verstärkt, aber zementiert – und zudem noch Millionen Leidtragende am Wegesrand zurückgelassen, die vom Kurzarbeitergeld ausgeschlossen waren: Geringqualifizierte, Soloselbstständige und Minijobber. Sie waren in Hunderttausenden von Fällen auf die Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen.

Aufschlussreich, so Kohlrausch, sei zudem ein Blick auf den „Gender Care Gap“: Wegen der Schließung von Kitas und Schulen mussten Eltern teils monatelang zu Hause einspringen – und diese Arbeit wurde überwiegend von Frauen geleistet. Gerade Frauen in schwächerer Arbeitsmarktposition, also Minijobberinnen und Teilzeitkräfte, „haben sich in der Coronakrise tendenziell stärker vom Arbeitsmarkt zurückgezogen“, erklärt Bettina Kohlrausch. Ihre Befürchtung: Es handelt sich nicht um vorübergehende Verschie-



Die Kinder, die es am meisten nötig gehabt hätten, sind im Homeschooling weiter zurückgefallen und haben richtig gelitten.“

BETTINA KOHLRAUSCH, Wissenschaftliche Direktorin des WSI



Foto: Getty Images

bungen, sondern „es besteht die Gefahr, dass Frauen nachhaltig vom Arbeitsmarkt verdrängt werden“.

Einig sind sich die Forscher, dass die größten Coronaverlierer vor allem auf lange Sicht unter den Kindern und Jugendlichen zu suchen sind. Weil seit dem Ausbruch der Pandemie kaum noch Praktika und berufsvorbereitende Maßnahmen stattfinden, ist die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber deutlich zurückgegangen. Spiegelbildlich ist auch bei den Betrieben die Rekrutierung von Auszubildenden erheblich ins Stocken geraten. Bernd Fitzenberger diagnostiziert „eine Ausbildungsplatzkrise, die uns erheblich zu schaffen machen wird“. Im Ausbildungssystem werden „uns am unteren Ende viele verloren gehen“. Aktuell sieht der IAB-Direktor vor allem die Gefahr, „dass junge Menschen im derzeit nachgefragten Niedriglohnssektor bleiben, anstatt eine Ausbildung zu beginnen, und damit verlieren wir diese Menschen, die wir für die anstehende Transformation der Unternehmen dringend benötigen“.

Allerdings setzt die Verliererkette schon viel früher an. Vor allem im Bildungsbereich habe die Pandemie schichtspezifische Unterschiede in einem dramatischen Ausmaß vergrößert. „Die Schere ist weiter auseinandergegangen“, so der Befund von Bettina Kohlrausch. „Die Kinder, die es am meisten nötig gehabt hätten, sind im Homeschooling weiter zurückgefallen und haben richtig gelitten.“

Ein Ende der Misere ist nicht abzusehen. Derzeit sind wegen des dramatischen Pandemiegeschehens wieder Zehntausende Schüler in häuslicher Quarantäne; die Bildungslücken werden also noch größer. Dass ein Ausfall an Bildungszeiten an den Schulen später nicht mehr aufzuholen ist und „langfristig zu schlechteren Einkommensperspektiven führt“, betont Michael Hüther, der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft. Seine größte Sorge: „Ich sehe in der Politik bislang keine Antworten darauf. Es gibt keinen Ansatz einer Strategie, wie dieser Bildungsverlust wieder aufgeholt werden könnte.“ ■

Schülerpraktika in Betrieben fanden während der Pandemie kaum statt. Das rächt sich jetzt: Die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber ist gesunken.

„Vor Corona sind nicht alle gleich“ war das Thema einer Diskussion zwischen Bettina Kohlrausch, Bernd Fitzenberger und Michael Hüther auf dem diesjährigen WSI-Herbstforum. Der Videomitschnitt ist in Kürze abrufbar auf der Dokumentationsseite der Veranstaltung: www.boeckler.de/de/dokumentationen-2720-wsi-herbstforum-2021-solidaritaet-in-der-krise-34415.htm



Burger-Ökonomie

WISSENSCHAFT Einer der drei Wirtschaftsnobelpreisträger hat schon vor drei Jahrzehnten nachgewiesen, dass ein Mindestlohn nicht schädlich sein muss. Jetzt wurde er für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

Von **Kay Meiners**

Was kostet eine Portion? Das Burger-Restaurant „White Mana“ in New Jersey, benannt nach dem biblischen Himmelsbrot, wurde für die Weltausstellung 1939 gebaut.

In der neoklassischen Theorie ist die Sache ganz einfach: Sinkt der Preis für ein Gut, dann steigt die Nachfrage. Steigt der Preis, geht sie zurück. Übertragen auf den Arbeitsmarkt heißt das: Steigt der Lohn, sinkt die Nachfrage nach Arbeit. Die Zahl der Arbeitsplätze geht zurück. Wer darauf hinwies, dass die Sache womöglich komplizierter ist, hatte es lange schwer. In den 2000er Jahren war auch in Deutschland die Mehrheit der Ökonomen davon überzeugt, dass ein gesetzlicher Mindestlohn sich negativ auf die Beschäftigung auswirken musste.

Jetzt wurde mit David Card ein Ökonom mit dem Nobelpreis geehrt, der gezeigt hat, dass Löhne keine reinen Marktpreise sind, sondern dass Arbeit- und Gesetzgeber einen Spielraum haben:

Der Professor an der US-Universität Berkeley erhält die Hälfte des Preisgeldes. Die Ökonomen Joshua Angrist und Guido Imbens teilen sich den Rest.

Ein natürliches Experiment

Im Jahr 1992, Card ist Mitte 30, bietet sich dem jungen Wissenschaftler, der damals in Princeton lehrt, und seinem Kollegen Alan Krueger eine Gelegenheit zur Feldforschung. Im Bundesstaat New Jersey wird der Mindestlohn von 4,25 Dollar auf 5,05 Dollar angehoben, während das Mindestsalär im Nachbarstaat Pennsylvania konstant bleibt. Ökonomen bezeichnen so eine Gelegenheit als „natürliches Experiment“. Card und Krueger setzen in ihrer Methodik auf solche natürli-

chen Experimente, um herauszufinden, wie Menschen sich tatsächlich verhalten. Um festzustellen, ob die Lohnerhöhung tatsächlich Jobs kostet, befragten sie die Manager von 410 Fast-Food-Restaurants. Ihr Schluss ist eindeutig: „Es gibt keinen Nachweis dafür, dass die Erhöhung des Mindestlohns die Beschäftigung reduziert hat.“ Die Fast-Food-Ketten in New Jersey stellen sogar mehr Personal ein als die in Pennsylvania.

Die Wissenschaftler können den Effekt nicht gut erklären. Eine Arbeitshypothese besagt, dass die Fast-Food-Ketten möglicherweise ihre starke Marktposition benutzt haben, um die Löhne für Geringqualifizierte zu drücken. Die Forscher verwerfen die These – und fragen sich, ob vielleicht die Servicequalität schlechter geworden sei. Aber auch dafür gibt es keine Anhaltspunkte.

Der aus der Neoklassik-Denkschule stammende Card habe „mit seinen empirischen Untersuchungen die neoklassische Arbeitsmarkttheorie ganz schön durcheinandergewirbelt“, sagt Thorsten Schulten, der das Referat Arbeits- und Tarifpolitik in Europa am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung leitet. Das WSI hat früh auf Arbeiten hingewiesen, die Zweifel an der klassischen Theorie nährten. „Heute wird kaum mehr bestritten, dass der Lohn als Preis der Arbeit nur ein Faktor unter vielen ist, die über das Ausmaß der Beschäftigung entscheiden“, sagt Schulten.

Die Hälfte aller VWL-Nachwuchswissenschaftler arbeite mit Techniken, die Card maßgeblich mitentwickelt hat, sagt der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum. Cards Methodik spiele für seine eigene Forschung eine „riesige Rolle“, etwa was die Bedeutung firmenspezifischer Lohnkomponenten angehe. Südekum sagt, er habe den „Card’schen Ansatz aus der Perspektive lokaler Arbeitsmärkte in Deutschland erweitert“ und könne sich kaum einen würdigeren Preisträger als den 1956 im kanadischen Guelph geborenen Ökonomen vorstellen.

Argumente für die Demokraten

Schon zu Beginn seiner Karriere untersuchte Card, ob die Ankunft kubanischer Flüchtlinge Lohn- und Arbeitsdruck auf dem Arbeitsmarkt in Miami erzeugte. Während der Mariel-Bootskrise 1980, benannt nach dem Hafen Mariel bei Havanna, reisten rund 125 000 Kubaner mit amerikanischer Hilfe nach



Florida aus. Als die Frage aufkam, ob das ein Problem für den Arbeitsmarkt sei, lautete Cards Antwort: Nein. Mehrmals hat Card, wie Südekum sagt, „Mythen entzaubert, die lange Zeit die Diskussion dominiert hatten“. Vor allem für die Demokraten war seine Forschung – besonders die Burger-Studie, über Jahrzehnte Argumentefutter. Als Cards Co-Autor Alan Krueger 2019 starb, würdigte der frühere US-Präsident Barack Obama, der mit Krueger befreundet war und ihn zum Chefökonom im Weißen Haus gemacht hatte, in einem sehr persönlichen Nachruf auch die „wegweisende, praxisnahe Studie über die positiven Auswirkungen des Mindestlohns“.

Christoph M. Schmidt, der Leiter des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, gehört zu den Wissenschaftlern, die David Card persönlich kennen. Denn er hat bei ihm promoviert. Schmidt beschreibt ihn so: „Bei seiner Forschung ist er kompromisslos, was die Schärfe der Argumente und die methodische Tiefe angeht. Und er sucht unermüdlich nach einem direkten und unpräntösen Zugang zu seinem Analysegegenstand.“ „Unpräntös“, das ist ein Wort, das perfekt zum Fast Food passt. Die britische Zeitschrift *The Economist* erkannte allerdings schon ein paar Jahre vor Card den Wert der Burger für die Ökonomie, als sie den Big-Mac-Index erfand. Der Index ist ein grobes Maß für weltweite Kaufkraftparitäten, das misst, wie viel der Burger in verschiedenen Ländern kostet.

Im Jahr 1992, als Card über die Burger-Brater forschte, waren es in den USA im Durchschnitt 2,19 Dollar. Mindestlohnverdiener aus New Jersey mussten dafür 31 Minuten Arbeitszeit aufwenden. Nach der Erhöhung des Mindestlohns waren es fünf Minuten weniger. Staatliche Regulierung hatte ihre Arbeit wertvoller gemacht. ■

Nobelpreisträger David Card: „Er hat die neoklassische Theorie ganz schön durcheinandergewirbelt.“



Foto: Frank C. Dougherty for The New York Times

Junge Talente: David Card (l.) und Kollege Alan Krueger 1992 in der Firestone Library in Princeton

BÖCKLER- FÜR AUFSICHTSRÄTE

Weiterbildung für Aufsichtsräte – Mitbestimmung in Bewegung!

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet im Jahr 2022 erneut eine eigene Seminarreihe mit Fachthemen für Aufsichtsräte an. Sie ergänzt das Qualifizierungsangebot der Gewerkschaften und des DGB-Bildungswerks.

Vorstandsvergütung

Welche Möglichkeiten bestehen zur nachhaltigen Ausrichtung?

2. Februar 2022

in Düsseldorf

Jahresabschluss

Welche Rechte und Pflichten habe ich?

9. und 10. Februar 2022

in Düsseldorf

Zukunftstechnologie „künstliche Intelligenz“

Gibt es Gestaltungsspielräume für menschengerechte Arbeit?

17. und 18. Februar 2022

in Düsseldorf

Szenarien

Strategie für unsichere Zeiten?

5. und 6. April 2022

in Düsseldorf

Das nachhaltige Unternehmen

Wie kann die Nachhaltigkeit im Unternehmen verankert werden?

27. und 28. April 2022

in Düsseldorf

Bankenregulierung

Welche Entwicklungen sind relevant für den Aufsichtsrat?

4. und 5. Mai 2022

in Düsseldorf

Haftung

Welches Risiko übernehme ich?

19. Mai 2022

in Düsseldorf

Aufsichtsratsrecht

Was gibt es Neues?

1. Juni 2022, online

Ökologische Nachhaltigkeit

Ein Thema für den Aufsichtsrat?

23. Juni 2022, online

Resilienz im Wandel

Ein Schlüsselmotiv für die Mitbestimmung der Zukunft?

28. und 29. Juni 2022

in Düsseldorf

ESG und Sustainable Finance

Welche Anknüpfungspunkte gibt es für den mitbestimmten Aufsichtsrat?

7. und 8. September 2022, online

Unternehmensstrategie

Wie kann der Aufsichtsrat Einfluss auf die Strategie nehmen?

12. und 13. September 2022

in Düsseldorf

Personalstrategie

Wie gehen Unternehmen mit dem zentralen Wettbewerbsfaktor Personal um?

14. September 2022

in Düsseldorf

SEMINARE

2022

Soweit nicht als Onlineseminar bezeichnet, sind die Böckler-Seminare für Aufsichtsräte 2022 als Präsenzseminare geplant. Abhängig vom Pandemiegeschehen wird rechtzeitig vor dem jeweiligen Seminartermin entschieden, ob das Präsenzformat möglich ist oder andernfalls eine Hybrid- oder eine reine Onlineveranstaltung notwendig ist.

Personalrisikomanagement

Welche Bedeutung haben Personalrisiken als Teil eines integrierten Risikomanagements?

15. September 2022, online

Mikropolitik in Organisationen

Welche Bedeutung haben Machtmittel in der Mitbestimmungspraxis?

28. September 2022

in Düsseldorf

Verschwiegenheit

Was gilt für Insiderrecht und Whistleblowing?

27. Oktober 2022

in Düsseldorf

Risikomanagement

Wie beugen Unternehmen bestandsgefährdenden Risiken vor?

8. und 9. November 2022

in Düsseldorf

Digitalisierung

Wie ändern sich Aufsichtsratsarbeit und Strategie?

16. und 17. November 2022

in Düsseldorf

Fusionen und Übernahmen

Wie managen Unternehmen M-&A-Transaktionen?

23. und 24. November 2022

in Düsseldorf

Jahresabschluss

Wie analysiere ich ihn kritisch?

7. und 8. Dezember 2022

in Düsseldorf

Planspiel Aufsichtsratssitzung

Wie arbeitet der mitbestimmte Aufsichtsrat?

13. und 14. Dezember 2022

in Düsseldorf

Böckler-Konferenz für Aufsichtsräte

Save the date

14. und 15. Juni 2022

in Berlin

ANMELDUNG UND WEITERE INFORMATIONEN:

Anmeldung zu den Seminaren und ausführliche Informationen unter:

www.mitbestimmung.de/ar-seminare

Es fallen keine Gebühren oder Übernachtungskosten an, lediglich die Fahrtkosten sind von den Teilnehmern selbst zu tragen.

ANSPRECHPARTNER FÜR DAS GESAMTPROGRAMM:

Sebastian Sick, Stefanie Ummelmann, Telefon: 02 11/77 78-310

Hans Böckler
Stiftung 

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Modelle für morgen

ARBEIT DER ZUKUNFT Mehr Demokratie und mehr freiwillige Auszeiten für Mitarbeiter – wie das gelingen kann, zeigen die Gewinner des Ideenpitches bei der Konferenz Labora.

Foto: Gerngloss + Glowinski



Jérôme Lühr und Ralph Berwanger vom Kollektiv Crow Cycle Courier beim Labora-Ideenpitch.

Von der Probezeit direkt in die Geschäftsführung – eine derart steile Laufbahn wünschen sich viele Beschäftigte. Doch diesen Karrierepfad auf der Überholspur dürfte der Fahrradkurier Crow Cycle Courier Collective wohl als einziges Unternehmen in Deutschland anbieten. Der Gewinner des Ideenpitches für „Demokratie im Unternehmen“ bei der diesjährigen Labora der Hans-Böckler-Stiftung setzt voll auf eigenverantwortliche Beschäftigte. „In der Kurierbranche herrscht üblicherweise ein extremes Hierarchiegefälle zwischen Managern und Fahrern. Unser Anspruch ist es aber, als Kollektiv zu handeln“, erklärt Mitgründer Jérôme Lühr. Wer sich also nach seiner Probezeit bei Crow für den Eintritt in das Kollektiv entscheidet, der habe damit die gleichen Rechte wie alle anderen Kollegen.

Grundlegende Unternehmensentscheidungen treffen die formal selbstständigen

Kuriere gemeinsam. Auch über die Verwendung von Budgets entscheidet allein das Kollektiv. Je nach Bedeutung ist für einen Beschluss die einfache Mehrheit des monatlich abgehaltenen Plenums erforderlich oder sogar Einstimmigkeit. Bei der Konsensfindung habe es bislang keine Probleme gegeben, weil ohnehin alle Beschäftigte ähnlich gepolt seien, sagt der Mitgründer Ralph Berwanger. Der Gleichheitsgrundsatz gilt auch in der Lohnhöhe. Alle knapp 20 Kolleginnen und Kollegen erhalten das gleiche Salär.

Lühr legt zudem Wert darauf, dass die kollektive Grundhaltung über die Grenzen des Jobs hinausreicht. „Wir versuchen, füreinander da zu sein – auch auf emotionaler Ebene“, sagt er. Das ungewöhnliche Firmenkonstrukt hat sich bereits bewährt. Seit vier Jahren beliefert Crow seine Kunden in und um Berlin. 2021 steht ein Jahresumsatz von 250.000 Euro in den Büchern.

Auch die Idee des Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer, kurz Sowitra, befindet sich bereits in der Umsetzung. Sowitra hat die Möglichkeiten zur Einführung von Kurzzeitsabbaticals in Unternehmen erforscht und damit den zweiten Ideenpitch auf der Labora für sich entschieden. Mit diesen flexiblen Auszeiten vom Job sollen Beschäftigte besser auf veränderte Lebensumstände reagieren können als bislang. Als Beispiele nennt Sowitra-Geschäftsführer Stefan Reuyß die Pflege von Angehörigen oder vermehrte Lernzeiten.

Das Neue: Solche Sabbaticals können auch nur wenige Tage dauern – bisher sind meist drei Monate bis ein Jahr üblich. Nach der Idee von Sowitras sollen nun verschiedene Modelle dem unterschiedlichen Bedarf von Arbeitnehmern gerecht werden und die Finanzierung gleich mitliefern: Auf betrieblicher Ebene ließen sich Kurzzeitsabbaticals mit nur wenigen freien Tagen oder Wochen über das Gehalt finanzieren. So könnte dafür ein Anteil vom Lohn oder etwa das Weihnachtsgeld zurückgelegt werden. Etwas längere Auszeiten für Weiterbildung oder beschäftigungssichernde Maßnahmen könnten über Tarifverträge geregelt werden. Eine lange und begründungsfreie Auszeit vom Job soll schließlich auf einer gesetzlichen Verankerung inklusive Teilfinanzierung fußen.

Einige Unternehmen und Organisationen gehen mit Sabbaticals – auch für kurze Auszeiten – bereits vorweg. Die Forscher verweisen auf Beispiele beim Autobauer BMW oder im Tarifvertrag der IG Metall. Hierzulande würden Kurzzeitsabbaticals bislang noch viel zu selten in Betracht gezogen, sagt Reuyß. Vielleicht wird sich dies nun durch den Sieg beim Ideenpitch ändern. ■

Von **Andreas Schulte**

NACHRUF

Einer, mit dem man gern redete

Foto: Malte Muncan



Schnell fasste man Vertrauen, wenn er das Mikrofon aus seiner Ledertasche zwischen Büchern und zerlesenen Zeitungen hervorholte. Seine Auftraggeber – der WDR und dieses Magazin – schätzten an ihm, dass er gründlich bis zum Unökonomischen recherchierte und Gesprächspartner, gleich welcher Couleur ohne Zeitdruck und nach allen Regeln des journalistischen Handwerks behandelte. Ingo Zander konnte Menschen zum Reden bringen. Dabei war

er empfindsamer, als es den Anschein hatte. Er schrieb Gedichte, machte Musik in der Band „Hounds of Horrem“. Nach einer Meningitis, die ihn geschwächt hatte, war es sein Wunsch, noch lange arbeitsfähig zu bleiben, denn seine Lage als freier Journalist war prekär. Für uns schrieb Ingo zum letzten Mal über Teigwaren Riesa, wo die Beschäftigten sich mühsam einen Tarifvertrag erkämpft haben. Wir stritten uns noch um die passende Überschrift – und ahnten nicht, dass wir uns nie wiedersehen würden. Unser Kollege starb überraschend am 28. Oktober. Er wurde 65 Jahre alt. ■

NACHRUF

Vom Kaufmann zum Bildungsforscher

Foto: ddp



Seine Karriere begann Rolf Dobischat, der später an der Universität Duisburg-Essen forschen und die Gewerkschaften beraten sollte, über den zweiten Bildungsweg. Eine akademische Karriere war ihm nicht in die Wiege gelegt. Auch deshalb engagierte er sich für Chancengleichheit in der Bildung. Nach einer Ausbildung zum Industriekaufmann erwarb Dobischat die Zugangsberechtigung zur Hochschule, studierte Öko-

nomie, Wirtschaftspädagogik und Sozialwissenschaften. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Angestellter, machte seinen Doktor. Im Jahr 1991 wurde er an der Universität Karlsruhe habilitiert und im gleichen Jahr auf eine Professur für Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt beruflich-betriebliche Aus- und Weiterbildung an die Universität Duisburg berufen. Als Vertrauensdozent und Gutachter war er viele Jahre für die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung tätig. Von 2006 bis 2011 war Dobischat Präsident des Deutschen Studentenwerks. Er starb am 29. Oktober im Alter von 71 Jahren. ■

PERSONALIA

■ Jetzt im Ministerium

Foto: Karsten Schöne



Barbara Fulda ist zum 1. Dezember von der Hans-Böckler-Stiftung zum Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen gewechselt. Fulda

wird dort Referentin im Referat Grundsatzfragen der Arbeits- und Sozialpolitik, Demografie, Integration. Bei der Stiftung war sie seit Januar 2019 beschäftigt. ■

■ Neuer Referent

Foto: Uni Bamberg



Eike Windscheid unterstützt seit Oktober als Referent den Förderbereich „Erwerbsarbeit – Qualifizierung – soziale Sicherung“ in der Forschungsförderung. Zuvor war er von 2013 bis 2019

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bamberg und danach Referent für Wissensmanagement im Dezernat Prävention der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen. ■

■ Arbeit der Zukunft

Foto: privat



Nora Habelitz arbeitet seit Juni 2021 in der Forschungsstelle Arbeit der Zukunft in Berlin als Projektassistentin in Elternzeitvertretung. Davor hat sie die Forschungsstelle bereits als studentische Hilfskraft

unterstützt und Sozialwissenschaften in Berlin, Madrid und London studiert. Habelitz interessiert sich für eine bedürfnisorientierte Gestaltung der Arbeitswelt. ■

Globalisierung und Lieferketten

STIFTUNG Wie entwickelt sich der Welthandel? Welche Risiken und Chancen bietet die Globalisierung? Wie sorgt man für funktionierende und faire Lieferketten? Überall in der Hans-Böckler-Stiftung wird an solchen Fragen gearbeitet.

Von **Kay Meiners**, Redakteur des Magazins Mitbestimmung

ERNESTO KLENGEL ist

Wissenschaftlicher Referent für Arbeitsrecht am Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) und forscht unter anderem zu sozialen Standards in Lieferketten.



SABINE STEPHAN ist die Außenhandelsexpertin des IMK und befasst sich unter anderem mit Lieferketten und Handelsabkommen.



OLIVER EMONS

ist der der Nachhaltigkeitsexperte des I.M.U.. Er befasst sich u.a. mit den Themen nichtfinanzielle Erklärung und Nachhaltigkeitsberichterstattung.

JOHANNES

HÖLLER, Doktorand am HSI, forscht zu Kollektivierungsmöglichkeiten in der Plattformökonomie und zur Verbesserung der dort herrschenden Arbeitsbedingungen.



SEBASTIAN DULLIEN ist Wissenschaftlicher Direktor des IMK und untersucht dort unter anderem die Folgen der Globalisierung für unsere Volkswirtschaft.



MAXI LEUCHTERS arbeitet am I.M.U. zur Unternehmensmitbestimmung in Banken und Versicherungen, zum europäischen Gesellschaftsrecht und zu Sustainable Finance.



Fotos: Hans-Böckler-Stiftung (3, 4, 7); Stephan Pramme (1, 8); Frank Rumpenhorst (2); Karsten Schöne (5, 6, 9)



7

VERONIKA DEHNEN ist Referatsleiterin in der Abteilung Studienförderung und befasst sich mit dem Wissenstransfer zu globalen Arbeitnehmerrechten und Themen nationaler, europäischer und internationaler Interessenvertretung.



8

ARVID S. KEMPF ist in der Abteilung Studienförderung zuständig für das Projekt CHIN-KoBe zur Verbesserung der China-Kompetenz, das allen Stipendiaten aller 13 Begabtenförderungswerke offensteht.



9

ELISABETH BOTSCH leitet die Forschungsstelle Arbeit der Zukunft in Berlin und ist derzeit Ansprechpartnerin für Globalisierungsthemen.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnittshaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Mitarbeiter vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK



Aus dem IMK

Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des IMK, legt im Policy Brief Nr. 100 dar, warum der Optimalpunkt der Globalisierung wohl erst einmal überschritten ist. Die Kosten der letzten Schritte der Globalisierung dürften höher

gewesen sein als der Nutzen. Als Folge ist mit einer gewissen Deglobalisierung zu rechnen.

Zum Anhören

Im Böckler-Podcast „Systemrelevant“ analysieren Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit Moderator Marco Herack, was die Politik und die Wirtschaft bewegt: makroökonomische Zusammenhänge, ökologische und soziale Herausforderungen und die Bedingungen einer gerechten und mitbestimmten Arbeitswelt. Neben der Coronakrise oder aktuellen Fragen rund um die künftige Politik der neuen Bundesregierung greifen sie immer wieder auch Fragen rund um die Globalisierung auf.

<https://systemrelevant.podigee.io>



Für die Schule

Die Vorprodukte einer Jeanshose reisen meist viel weiter als die Person, die sie kauft. Die Baumwolle aus Kasachstan, wird in der Türkei versponnen, in Taiwan gewebt und in Tunesien gefärbt, wie die Autoren des Themenheftes „Glo-

balisierung“ der Reihe Böckler Schule zeigen. Dabei stellen sie Licht und Schatten der Globalisierung dar – Wohlstandsgewinne ebenso wie die enorm unterschiedlichen Umwelt- und Sozialstandards. Das Heft kann ab der 9. Klasse im Schulunterricht eingesetzt werden.

Die Gamedesignerin

JASMINA KLOSS entwickelt Computerspiele. Die Mitbestimmung ist in der Branche kaum verwurzelt. Es dominiert eine unverbindliche Feedbackkultur.

Von Jeannette Goddar – Foto Rolf Schulten

Jasmina Kloss' erster Weg in die Uni führte in ein Fach quasi mit Jobgarantie: Mathematik. „Eine sichere Bank eben“, sagt sie, wissend, wie wichtig das ist, wenn ein Studium nicht selbstverständlich ist. Als die heute 33-jährige ihr Abitur absolvierte, wurde eine Tante im Magazin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf ein neues Stipendium aufmerksam: die Böckler Aktion Bildung. „Eine Riesenhilfe war das“, erinnert sie sich, „vor allem, als ich mit meinem Studium noch einmal von vorn begann.“

Nach wenigen Semestern nahm die Bremerin ihren Mut zusammen und begann ein Studium, das sie mehr reizte als das der Mathematik: Kommunikationsdesign mit dem Schwerpunkt Multimedia an der Hochschule Hannover. „Schon mit zehn habe ich kleine Websites programmiert, auch Computerspiele haben mich immer fasziniert“, erzählt sie. Ihr Weg führte schließlich in einen jener Berliner Gewerbehöfe, in denen sich die Kultur- und Kreativwirtschaft tummelt, mit einer Terrasse zur Spree, auf der sich schon am Nachmittag zuweilen ein DJ über sein Mischpult beugt. Die Oberbaumbrücke, einst ein Fußgängerübergang von Kreuzberg nach Ostberlin, ist nur wenige Meter entfernt.

Hier arbeitet Jasmina Kloss für Yager, einen Computerspieleentwickler, der mit einem Shootergame bekannt wurde, das den Schrecken statt die Verherrlichung von Krieg ins Zentrum stellt. Als UI-UX-Designerin – die Abkürzungen stehen für „User

Interface“ und „User Experience“ – hat sie die flüssige und schlüssige Bedienbarkeit der Spieleoberfläche im Blick, zusammen mit Programmierern und anderen Digitalexperten. „Seit ich berufstätig bin, denke und arbeite ich in Teams, Projekten, Sprints und Zwischenzielen“, erzählt Jasmina Kloss. Agile Arbeit ist ihr täglich Brot.



Jasmina Kloss während des Studiums

Der pandemiebedingte Wechsel ins Homeoffice war in der technikaffinen Branche ein kleiner Schritt; der 33-Jährigen kam die Kommunikation per Video zudem entgegen: Seit ihrer Kindheit lebt sie mit einer Hörbeeinträchtigung. „Hallige Konferenzräume sind oft die Hölle, erst recht, wenn alle mit verschiedenen Akzenten Englisch sprechen. Das Headset erleichtert vieles.“ Die Arbeit in internationalen Teams ist die Regel, nicht selten mit Spezialisten, die nur für einige Monate nach Berlin kommen.

Die Frage nach Gewerkschaften ist da fast so etwas wie eine 100.000-Dollar-Frage – und das in einer Branche, deren Jahresumsatz im Pandemiejahr 2020 von 3,8 auf 5,2 Milliarden Euro hochschnellte. „Klassische Mitbestimmung spielt in der Spielebranche so gut wie keine Rolle“, erzählt Jasmina Kloss. Start-up-szeneüblich hat sich eine Feedbackkultur mit Tools und Techniken etabliert, die Namen wie Moodboard oder Health Map tragen. Nicht alles daran sei schlecht, findet sie, es gäbe „schon so etwas wie ein konstruktives Miteinander“. Im Ernstfall allerdings „trägt das natürlich nicht“, ergänzt sie und weiß, wovon sie spricht: Mitten in der Pandemie, noch in der Probezeit und jüngst Mutter geworden, stand sie ohne Job da, weil ihr Arbeitgeber seinen deutschen Standort aufgab.

Positiv bewertet die Wahlberlinerin die zunehmende Vielfalt in den virtuellen Welten. „Mit den Teams werden die Spiele diverser“, erzählt sie – und wünscht sich nun vor allem stärkere weibliche Akteurinnen: „Das Frauenbild lässt oft noch zu wünschen übrig“, sagt sie mit Blick auf die „Hauptsache sexy“-Rollen, die weiblichen Charakteren nach wie vor häufig zugeschrieben werden. Dabei seien Computerspielerinnen zwar leiser als ihre männlichen Pendants, doch keineswegs selten: „Fast die Hälfte der Gamer sind weiblich“, weiß Jasmina Kloss und führt gleich noch einen Gedanken für überfälligen Wandel an: „Ich glaube kaum, dass Frauen in außergalaktischen Welten sich schminken.“ ■



Agile Arbeit ist für Gamedesignerin
Jasmina Kloss täglich Brot.

Foto: Ergun Çağatay/Stiftung Historische Museen Hamburg



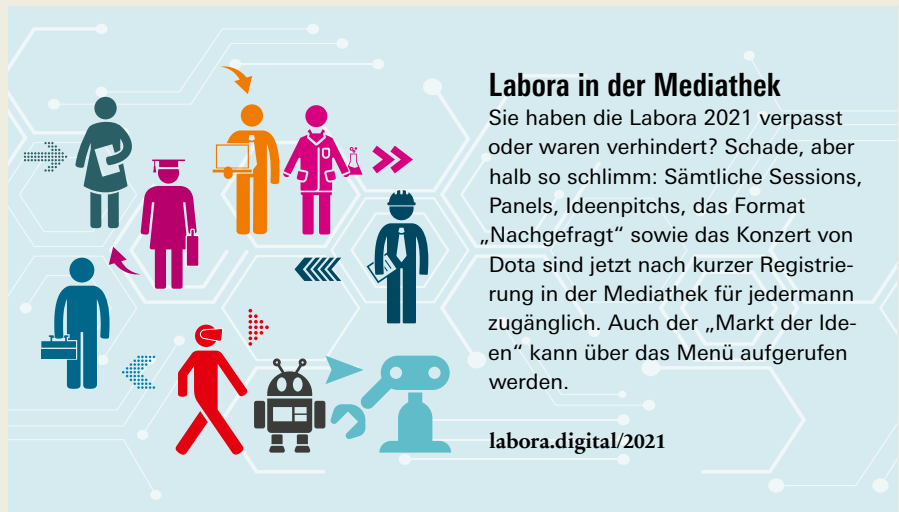
Migration im Fokus

Zwei aktuelle Ausstellungen widmen sich dem Leben von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland (Titelthema der vorigen Ausgabe der Mitbestimmung). Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt die Ausstellung „Wir sind von hier. Türkisch-deutsches Leben 1990“ mit 120 Bildern des Istanbuler Fotografen Ergun Çağatay (1937–2018). Çağatay machte im Frühjahr 1990 Tausende von Aufnahmen aus Arbeitswelt und Privatleben der ersten und zweiten Generation der sogenannten Gastarbeiter. Unter dem Titel „Arbeit & Migration. Geschichten von hier“ präsentiert das Technoseum in Mannheim Lebensgeschichten von Zuwanderern – angefangen von den „Schwabenkindern“, die sich vor mehr als 100 Jahren im Frühjahr als Saisonarbeitskräfte auf den beschwerlichen Weg von Tirol über die Alpen bis zu den Landwirten im Ländle machten, bis zu erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmern von heute. ■

Wir sind von hier. Türkisch-deutsches Leben 1990

2. Februar bis 6. Juni 2022 in Hamburg,
Museum für Hamburgische Geschichte
shmh.de/de/wir-sind-von-hier-cagatay

Arbeit & Migration. Geschichten von hier
Bis 19. Juni 2022 in Mannheim,
Technoseum
technoseum.de/arbeit-und-migration/



Labora in der Mediathek

Sie haben die Labora 2021 verpasst oder waren verhindert? Schade, aber halb so schlimm: Sämtliche Sessions, Panels, Ideenpitches, das Format „Nachgefragt“ sowie das Konzert von Dota sind jetzt nach kurzer Registrierung in der Mediathek für jedermann zugänglich. Auch der „Markt der Ideen“ kann über das Menü aufgerufen werden.

labora.digital/2021

Forum Arbeits- und Sozialrecht

Zukunftsfragen des Arbeitsrechts, Digitalisierung und Sozialrecht und die Stärkung der Tarifautonomie zählen zu den Kernthemen des vom Hugo Sinzheimer Institut ausgerichteten 13. Hans-Böckler-Forums zum Arbeits- und Sozialrecht.

Vom 17. bis 18. Februar in Berlin

Daniel Hlava, Hugo Sinzheimer Institut
Telefon: 0211 / 77 78-661
daniel-hlava@boeckler.de

Seminare für Aufsichtsräte

Mitbestimmung in Bewegung: Die Hans-Böckler-Stiftung bietet auch 2022 wieder eine eigene Seminarreihe mit Fachthemen für Aufsichtsräte an. Die 22 Veranstaltungen ergänzen das Qualifizierungsangebot der Gewerkschaften und des DGB-Bildungswerks. Die Seminare sind als Präsenzveranstaltungen geplant. Abhängig vom Pandemiegeschehen wird rechtzeitig vor dem jeweiligen Seminartermin entschieden, ob das Präsenzformat möglich ist oder das Seminar als Hybrid- oder reine Onlineveranstaltung stattfindet.

Nachfolgend die Seminare im ersten Quartal:

Vorstandsvergütung

Welche Möglichkeiten bestehen zur nachhaltigen Ausrichtung?

Am 2. Februar in Düsseldorf

Jahresabschluss

Welche Rechte und Pflichten habe ich?

Vom 9. bis 10. Februar in Düsseldorf

Zukunftstechnologie „künstliche Intelligenz“

Gibt es Gestaltungsspielräume für menschengerechte Arbeit?

Vom 17. bis 18. Februar in Düsseldorf

Stefanie Ummelmann, I.M.U.

Telefon: 0211 / 77 78-310

stefanie-ummelmann@boeckler.de

Promotionswerkstatt

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung ist Mitausrichter der sozialwissenschaftlichen Promotionswerkstatt Rhein-Ruhr. Interessierte Promovierende aus sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie angrenzenden Fächern finden Details zum Workshop im Call for Papers: boeckler.de/pdf/v_2022_03_09_call_for_papers.pdf

Vom 10. bis 11. März in Duisburg

Magdalena Polloczek, WSI

Telefon: 0211 / 77 78-333

magdalena-polloczek@boeckler.de

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: HSI/Franziska Schäfer



”

Gewerkschaftliche Zugangsrechte sichern Mitbestimmung.“

JOHANNA WENCKEBACH über digitale Kommunikationskanäle

Die Digitalisierung ist eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Nicht nur, weil sie den Anspruch haben, neue Arbeitsformen und Rahmenbedingungen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Die Arbeitswelt ist durch den technischen Fortschritt erheblichen Veränderungen unterworfen, die durch die Coronakrise beschleunigt wurden. Diese Veränderungen betreffen aber auch das Herz der Gewerkschaftsarbeit selbst: Der Kontakt mit und die Gewinnung von Mitgliedern müssen unter neuen Rahmenbedingungen gelingen. Zum Beispiel in Betrieben mit großen Teilen der Belegschaft im Homeoffice oder mit überwiegend mobiler Arbeit. Oder in Betrieben, wo es gar keinen Betrieb als gemeinsamen Ort gibt und die Beschäftigten sich nur noch online begegnen, wie etwa in der Plattformökonomie.

Auch die betriebliche Mitbestimmung hat bisher für demokratische Prozesse auf direkte Begegnung gesetzt: auf Sprechstunden des Betriebsrats, Betriebsversammlungen, Schwarze Bretter. All dies bleibt weiterhin wichtig. Doch auch ein digitaler Zugang von Interessenvertretungen zu den Beschäftigten muss gelingen, mehr als zuvor. Das gehört zu den Voraussetzungen dafür, dass die Erosion der Tarifbindung gestoppt werden kann. Denn ohne Mitbestimmung und ohne ge-

werkschaftliche Macht im Betrieb – durch starke Betriebsräte und aktive Gewerkschaftsmitglieder – gibt es keine Tariffbewegung.

Die Pandemie hat gezeigt, welche technischen Möglichkeiten bestehen, wie kreativ die Interessenvertretungen sind, auch wenn sie ins kalte Wasser geworfen werden. Viele neue Möglichkeiten des digitalen Zugangs, der Kommunikation kamen in sehr kurzer Zeit zum Einsatz; Gewerkschaften und Betriebsräte nutzen sie selbstverständlich für ihre Kernaufgaben. Aber dass auch den Gewerkschaften und Betriebsräten digitale Kommunikationskanäle geöffnet werden, ist leider nicht für alle Arbeitgeber selbstverständlich. Ihre Mitwirkung ist aber technisch erforderlich. Gerade da, wo es betriebliche Konflikte gibt, wo Arbeitgeber Gewerkschaften und Betriebsräte bekämpfen, braucht es klare Rechtsansprüche für digitalen Zugang.

Die geltende Gesetzeslage räumt „digitale Zugangsrechte“ für Interessenvertretungen bereits ein. Das erklärt ein neues Rechtsgutachten des renommierten Arbeitsrechtlers Wolfgang Däubler für das Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung ausführlich und praxisnah. Däubler kommt zu dem Ergebnis, dass Arbeitnehmervertreter auch im digitalen Betrieb Anspruch auf Informationsaustausch und Präsenz haben, also zum

Beispiel dienstliche E-Mail-Adressen oder das Intranet nutzen dürfen. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, Betriebsvereinbarungen zu gestalten und beispielsweise festzuschreiben, dass die Anfahrt aus dem Homeoffice für einen Besuch der Betriebsratssprechstunde als Arbeitszeit gilt.

Die IG BCE hat kürzlich eine Sozialpartnervereinbarung zum Thema abgeschlossen. Die Rechtsanwendung ist aber alles andere als eindeutig, und manche Unternehmen nutzen die bestehenden Unklarheiten in ihrem Sinne. Das zeigt der Rechtsstreit, den die IG BCE derzeit mit Adidas führt. Deshalb ist es gut, dass die zukünftigen Regierungsparteien sich im Koalitionsvertrag für ein zeitgemäßes digitales Zugangsrecht entsprechend der analogen Rechte von Gewerkschaften ausgesprochen haben. Bei dieser rechtspolitischen Klarstellung geht es letztlich um die Sicherung der verfassungsrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit, die ohne eine Verbindung zwischen Belegschaft und Gewerkschaft ins Leere liefe. Nun kommt es auf die Umsetzung an. ■

JOHANNA WENCKEBACH ist Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts (HSI) für Arbeits- und Sozialrecht der Hans-Böckler-Stiftung.

Nachhaltig ausgegrenzt

KONSUM Elizabeth Currid-Halkett hinterfragt den Konsum der neuen Eliten, die sich moralisch überlegen fühlen. Sie kommt ihnen dabei auf die Schliche.



Glücklich lebt, wer im Verborgenen lebt. Es scheint, als hätten sich die Eliten der großen Metropolen diesen Aphorismus des römischen Dichters Ovid zu eigen gemacht. Es sind Menschen, die gut gebildet und produktiv sind wie das Bürgertum des 19. Jahrhunderts, die sich aber wenig aus jenen Dingen machen, die früher als Statussymbole galten. Die US-Kulturwissenschaftlerin Elizabeth Currid-Halkett

nennt sie die „aufstrebende Klasse“ – und fragt, wofür sie eigentlich ihr Geld ausgeben.

Die Massenproduktion hat längst die meisten materiellen Güter – vom Auto bis zum Computer – erschwinglich gemacht. Exklusivität funktioniert weniger über klassische Statussymbole der Elterngeneration, eher über die seltene Biotomate, deren Erzeuger man kennt, die teure Nanny, den Yogakurs oder die Privatschule mit Geigenunterricht. Die Wissenschaftlerin nennt solche Ausgaben „unauffälligen Geltungskonsum“.

Vieles spricht dafür, dass wir es nur mit einer etwas modernisierten Variante bürgerlichen Verhaltens zu tun haben. Die These, mit der Currid-Halkett ihr Buch bestreitet, enthält aber eine dramatische Zuspitzung: Die Autorin glaubt, dass dieser unauffällige Konsum der neuen Eliten die Gesellschaft nachhaltiger spaltet als der Konsum früherer Generationen. Currid-Halkett sieht darin den Ursprung einer „neuen Klassenteilung“, ein egoistisches Verhalten, das als gemeinnützig, ökologisch oder moralisch überlegen deklariert wird.

Mit genau solchen Thesen versuchte man im letzten US-Wahlkampf, den Hass der Trump-Wähler auf die Eliten des linksliberalen Amerika zu erklären. Es wäre zu untersuchen, wie das konservative Amerika konsumiert und ob es hier wirklich so viel anders oder gar moralischer zugeht. Wohl kaum. Daher ist Vorsicht geboten. Man sollte der Zuspitzung nicht zu voreilig folgen.

Currid-Halkett beschreibt ein typisches Elitenphänomen, das man in der Geschichte immer wieder beobachten konnte: Die Werthaltung der privilegierten Klasse wird auch denen auferlegt, die unter ganz anderen Bedingungen leben und arbeiten müssen. Der Blick auf die Ungleichheit in der eigenen Gesellschaft geht dabei verloren.

Das ist unterhaltsam zu lesen und oft entlarvend. Currid-Halkett ist eine hervorragende Beobachterin der neuen Eliten und eine wortstarke wissenschaftliche Kolumnistin. Sie vermittelt, dass Konsum Symbole und Zeichen transportiert, die weit über die Materialität der Waren hinausgehen. Prestige, so lernen wir, geht nicht immer mit dem Erwerb teurer Objekte einher, sondern mit dem richtigen Gebrauch der richtigen Objekte in der richtigen Umgebung. Die Autorin zitiert hier die Klassiker der Konsumkritik, sodass das Buch auch theoretisches Wissen vermittelt.

Einen pointierten Schluss findet das Buch nicht. Da wird gefragt, ob es die Gesellschaft weiterbringt, wenn die Besserverdiener zur Biotomate greifen, um dann festzustellen, dass lokaler, bewusster Konsum doch „konstruktiver“ sei und ein „besseres Wertesystem“ schaffe als die „blinkende Konsumkultur der 1980er und frühen 2000er“. Ja, was denn nun?

Lesenswert ist das Buch dennoch – vor allem weil es zeigt, dass die aufstrebende Klasse, so wie Privilegierte früherer Zeiten auch, glücklich im Verborgenen lebt und mit ihrem zunehmend immateriellen Konsum die Besitz- und Machtverhältnisse zugleich zementiert und verschleiert. ■

Von Kay Meiners

Elizabeth Currid-Halkett: **Fair gehandelt?** München, btb Verlag 2021. 368 Seiten, 12 Euro

Fazit

**AKTUELLE ANALYSE
GLOBALER KONSUMTRENDS**

Am rechten Rand



Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) könnte mit bis zu 70 Millionen Euro gefördert werden. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung gemeinsam mit dem Verein Open Knowledge Foundation Deutschland („Frag den Staat“) zeigt, dass viele Akteure der DES mit der Neuen Rechten vernetzt sind, die völkisches, nationalistisches und rassistisches Gedankengut verbreitet. Die Autoren plädieren

dafür, der Stiftung Steuermittel vorzuenthalten und sie konsequent auszugrenzen. Sie schreiben, die DES könne sich nicht auf das Parteienprivileg berufen. Der Gesetzgeber habe durchaus die Möglichkeit, ihr die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Sie fordern, alle Stiftungen müssten transparenter werden, um auch die DES zur Transparenz zu zwingen. ■

Von **Kay Meiners**

Arne Semsrott/Matthias Jakobows: **Desiderius-Erasmus-Stiftung.** Politische Bildung von Rechtsaußen. OBS-Arbeitspapier 51, Oktober 2021. 76 Seiten

Verschworene Cliquen



Die von Max Horkheimer formulierte Theorie des Rackets, der „verschworbenen Clique“, beschreibt die Strategie ökonomisch Mächtiger. Sich seiner Privilegien zu versichern, ist eine politische Kunst. Hobbes, Machiavelli und die Autoren der Kritischen Theorie haben diese Kunst unter die Lupe genommen. Dieses analytische Geschäft führt der Autor fort. Die Methodik des Rackets hat sich weiterentwickelt, obwohl der Wesenskern identisch geblieben ist: potenzielle Widerständigkeit in Gefolgschaft umzuwandeln durch

Zuckerbrot und Peitsche. Teilhabe an Privilegien (Jahreswagen) gehört ebenso dazu wie das Damoklesschwert der angedrohten Verlagerung über einer Belegschaft. Der Begriff des Rackets analysiert die Logik der Machtstrukturen, denen sich Betriebsräte täglich stellen müssen. ■

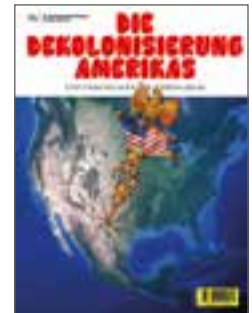
Von **Peter Kern**

Kai Lindemann: **Die Politik der Rackets.** Zur Praxis der herrschenden Klassen. Verlag Westfälisches Dampfboot. 150 Seiten, 16 Euro

DREI FRAGEN AN STEFFEN ZILLIG



Der Künstler und Autor Steffen Zillig ist Altstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Sein Künstlerheft „Die Dekolonisierung Amerikas“ erscheint mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem AKV Verlag Berlin und Wirklichkeit Books.



Herr Zillig, worum geht es in Ihrem Comic?

Es handelt sich nicht um einen Comic im klassischen Sinn, ich mache Collagen. Sie setzen sich aus Versatzstücken unterschiedlicher Comics zusammen, die ich neu arrangiere und betexte. Herausgekommen ist eine Science-Fiction-Geschichte: In naher Zukunft weist die Regierung der USA ihre nicht-indigene Bevölkerung in die Kontinente ihrer Ahnen aus, um die Verbrechen der Kolonisierung zu sühnen.

Wie kamen Sie auf die Idee?

Ausgangspunkt war der anhaltende Trend in den USA, genetische Profile der eigenen Abstammung erstellen zu lassen. Man ist dann zum Beispiel zu 32 Prozent irisch, 54 Prozent friesisch und 14 Prozent ungarisch. Solche vermeintlich wissenschaftlichen Aufschlüsselungen der eigenen Ethnie finde ich extrem befremdlich, weil sie natürlich dazu beitragen, solche Kategorien identitär aufzuladen und erblich zu legitimieren.

Eine Collage mit politischer Botschaft?

Wenn überhaupt, wären es mehrere, sich durchaus widersprechende Botschaften. In erster Linie hat mich die ästhetische Operation gereizt, also die tradierte Erzählform franko-belgischer Abenteuercomics als Hülle für eine etwas andere Fluchtgeschichte zu nutzen. Ich hatte aber auch großen Spaß daran, das künftige Europa als abgehalfterten und weltabgewandten Partykontinent zu entwerfen.

Die Fragen stellte **Fabienne Melzer**.

Politische Heimat



Von der IG Metall weiß man genau, wie viele Mitglieder ausländische Wurzeln haben. Der Anteil von Mitgliedern, von denen wenigstens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit hatte, liegt bei rund 22 Prozent und damit nah am entsprechenden Anteil in der Bevölkerung. Diese Personengruppe ist überdurchschnittlich oft in Mitbestimmungsgremien engagiert – in der Regel als Betriebsrat, häufiger noch als Vertrauensperson.

Eine Untersuchung auf der Basis von 25 Interviews mit Protagonisten, die bei einem Autohersteller und einem Zulieferbetrieb arbeiten, soll die Motivation für ein Engagement in der betrieblichen Mitbestimmung ergründen. Schließlich empfangen die Gewerkschaften die Zuwanderer am Anfang nicht mit offenen Armen.

Viele politisierte Einwanderer waren, so die Autoren, zudem „rechtsnationalistisch oder kommunistisch geprägt“, was bei den Gewerkschaften auf „ausgeprägte Bedenken“ gestoßen sei. Allerdings hätten sich „der betriebliche Kontext und die Gewerkschaft ab den 1970er Jahren“ zu einem „natürlichen Habitat“ entwickelt. Dies hatte auch damit zu tun, dass der Betrieb und die betrieblichen Beziehungen für die Zuwanderer fast die einzige Kontaktzone darstellten.

Zudem öffneten sich die Gewerkschaften allmählich für Migranten, die oft prekärer lebten als die Einheimischen. Rekrutierungs- und Coaching-Mechanismen stabilisierten am Ende beide Milieus. Aber auch biografische Gründe spielten eine Rolle. „Wer zum Beispiel in den 1970er Jahren in der Türkei aufwächst, hat eine nicht geringe Chance, mit einer starken, sozialistisch geprägten Gewerkschaftsbewegung in Berührung gekommen zu sein.“ So etwas nennen die Autoren „mitgebrachtes Engagement“.

Zudem öffneten sich die Gewerkschaften allmählich für Migranten, die oft prekärer lebten als die Einheimischen. Rekrutierungs- und Coaching-Mechanismen stabilisierten am Ende beide Milieus. Aber auch biografische Gründe spielten eine Rolle. „Wer zum Beispiel in den 1970er Jahren in der Türkei aufwächst, hat eine nicht geringe Chance, mit einer starken, sozialistisch geprägten Gewerkschaftsbewegung in Berührung gekommen zu sein.“ So etwas nennen die Autoren „mitgebrachtes Engagement“.

Die Untersuchung von Serhat Karakayali und Celia Bouali zeichnet aus, dass sie, obwohl die Interviews nur aus zwei Betrieben stammen, doch verallgemeinerungsfähige Schlüsse zieht. Am Ende bleibt der Eindruck: Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft war einfacher zu erlangen als die Zugehörigkeit zur Nation. ■

Von Kay Meiners

Serhat Karakayali/Celia Bouali: **Migrantische Aktive in der betrieblichen Mitbestimmung.** Forschungsförderung Working Paper. Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung. 52 Seiten, Gratis-Download

Umgang mit Corona



„Betriebsratsarbeit im Krisenmodus“ heißt das Papier, das acht Praxisbeispiele des Umgangs mit der Coronapandemie vorstellt, die voriges Jahr beim Deutschen Betriebsräte-Preis eingereicht wurden. Die Projektberichte gewähren Einblicke in die Lösungen, die Betriebsräte erarbeitet haben, damit die Mitbestimmung nicht an Qualität verliert. Sie zeigen, welche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz auf den Weg gebracht wurden, und wie die Kommunikation mit den Beschäftigten ablief. ■

Von Kay Meiners

Julia Massolle/Svenja Kneer: **Betriebsratsarbeit im Krisenmodus.** Mitbestimmungspraxis Nr. 44. Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung 2021. 40 Seiten, Gratis-Download

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie [boeckler.de](https://www.boeckler.de) (Veröffentlichungen).

Umfrage zu Staatsausgaben



Sollen wir uns stärker verschulden, damit der Staat mehr investieren kann? Eine Onlinebefragung von mehr als 7000 Personen zeigt, dass eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen einen großen Rückhalt in der Bevölkerung hätte – allen voran im Gesundheitswesen und in der Pflege. Zur Finanzierung wünscht sich eine große Zahl der Befragten eine Überprüfung der Ausgaben, insbesondere bei den Subventionen. Analysiert man die budgetären Prioritäten genauer, zeigen die Befragten ebenfalls eine deutliche Akzeptanz für eine zusätzliche staatliche Verschuldung. ■

budgetären Prioritäten genauer, zeigen die Befragten ebenfalls eine deutliche Akzeptanz für eine zusätzliche staatliche Verschuldung. ■

Von Kay Meiners

Jan Behringer/Sebastian Dullien/Christoph Paetz: **Überwältigende Mehrheit der Deutschen will kräftige Investitionsausweitung.** IMK Policy Brief 102. Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung 2021. 15 Seiten, Gratis-Download

DAS POLITISCHE LIED



Anaïs Mitchell: Why We Build the Wall (2006)

Why do we build the wall
My children, my children?
Why do we build the wall?
Why do we build the wall?
We build the wall to keep us free
That's why we build the wall
We build the wall to keep us free

DER TEUFELSKREIS DER MAUER

Im Herbst 2016 feiert ein ungewöhnliches Musical seine Premiere in New York. Anaïs Mitchell, eine freundlich-verhuschte Folksängerin aus Vermont, hat den antiken Mythos von Orpheus und Eurydike für die Gegenwart adaptiert, jenes Sängers und Dichters, der nach dem Tod seiner Ehefrau in die Unterwelt hinabsteigt und versucht, sie aus dem Totenreich zu befreien.

Rund 2000 Jahre später ist die Welt von Umweltzerstörung und Dürren geplagt. Eurydike liebt den idealistischen Orpheus, der arm ist wie sie, weil das Land so wenig hergibt. Hades, der König der Unterwelt, verspricht ihr das Paradies, wenn sie ihm folgt, und sie erliegt der Versuchung und verlässt Orpheus.

Dann erfährt Eurydike, worin ihr Schicksal besteht: Sie ist als billige Arbeitskraft eingeplant. Von dem angeblichen Wohlstand im Paradies bekommt sie nicht viel ab.

Anaïs Mitchell führte ihre Folk-Oper „Hadestown“ zum ersten Mal 2006 im Stadttheater von Barre auf, einer Kleinstadt mit 9000 Einwohnern zwischen Boston und Montreal. Da war sie frisch mit dem Studium fertig. Im Jahr 2010 veröffentlichte sie ein Konzeptalbum mit den Songs, auf dem pro-

minente Freunde wie Justin Vernon von der Band Bon Iver und Ani di Franco mitsingen. Mit der Dramaturgin Rachel Chavkin schrieb sie die neue Bühnenfassung, die 2016 am Off-Broadway aufgeführt wurde.

Vor allem bei einem Song bleibt den Zuschauern der Premiere der Atem stehen: „Why We Build the Wall“. Wie in einem Gospel schwört Hades seine Untergebenen auf den Bau einer Mauer ein. Geradezu hypnotisch singen sie sich im Frage-und-Antwort-Stil in einen Teufelskreis: Warum bauen wir die Mauer? Wir bauen die Mauer, um den Feind fernzuhalten. Der Feind ist Armut. Die Armen wollen Arbeit. Wir haben Arbeit, solange wir an der Mauer bauen. Die Mauer wird niemals fertig werden. „Ich musste meine Jacke etwas enger ziehen, um die Gänshaut loszuwerden“, schreibt Charles Isherwood, Kritiker der New York Times.

Der Song wirkt wie ein direkter Kommentar zu Donald Trumps Präsidentschaftswahlkampf, der gerade die USA aufwühlt: Trump will eine „wunderschöne Mauer“ entlang der mexikanischen Grenze bauen, die illegale Einwanderung verhindern und Arbeitsplätze schaffen soll. Es ist, als hätte Mitchell das ge-

ahnt. Ihr Song ist zu dieser Zeit bereits zehn Jahre alt.

Als der britische Protestsänger Billy Bragg den Song ebenfalls 2016 in Chicago spielt, erinnert er das Publikum daran, dass zur gleichen Zeit die französische Polizei den „Dschungel von Calais“ räumt, eine von Migranten errichtete Zeltsiedlung am Eingang des Eurotunnels. Und die EU, zu der das Vereinigte Königreich damals noch gehört, gewährt der Türkei Milliardenhilfen dafür, dass sie Menschen etwa aus Syrien davon abhält, in die EU einzureisen.

Mit der Off-Broadway-Premiere ist die Geschichte noch nicht zu Ende. 2019 wird „Hadestown“ am großen Broadway gespielt und gewinnt den Tony Award für das beste Musical und die beste Musik. ■

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansetzen: Anaïs Mitchell mit Band: <https://youtu.be/LBGUqMyvvnI>
Anaïs Mitchell 2010 in ihrem Garten in Vermont: <https://youtu.be/7TUfxx2JrqY>
Billy Bragg covert den Song 2016: <https://youtu.be/vPfsS4CxdzU>

Das große Ganze: Erhellende Analysen



makronom.de

Wer geballtes Wissen und überraschende Analysen zur Wirtschaftspolitik sucht, ist hier richtig. Der „Makronom“ versteht sich als Onlinemagazin zur Makroökonomie, der Beschäftigung mit gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Autoren schreiben über sich: „Für uns zählt immer das große Ganze, nicht das kleine Isolierte.“ Zu den Autoren gehören etablierte Wissenschaftler wie Gustav Horn, Sebastian Dullien, Peter Bofinger und Katja Rietzler, aber auch junge Ökonomen.

Die Autoren und die Redaktion um den Wirtschaftsjournalisten Philipp Stachelsky verbindet zweierlei: ein keynesianischer Ansatz, nach dem der Staat regulierend in den Markt eingreifen muss. Und die Überzeugung, dass soziale Marktwirtschaft nicht nur eine Floskel sein darf.

Mehrmals die Woche wird die Seite mit tiefgründigen und gleichzeitig gut lesbaren Beiträgen aktualisiert. Michael Peters, Volkswirt und Referent beim Verein Finanzwende, beschreibt, wie sich in Deutschland die Fixierung auf Aktien-erträge (Shareholder-Value) durchsetzte. Ursprünglich war das Land vom Korporatismus

geprägt und der Einfluss der Aktionäre relativ gering. Eine Untersuchung von Finanzwende und Oxfam kam zu dem Ergebnis, dass sich die Ausschüttungen der DAX-Unternehmen seit 2009 fast verdoppelt haben, die Gehälter der Mitarbeiter aber nur „leicht angestiegen“ sind.

Erhellend ist die Rubrik „Debatten“, in der Kontroversen etwa zu Ungleichheit oder Hartz IV grafisch aufbereitet durchdekliniert werden. Hartz IV hat die Arbeitslosigkeit gesenkt? Ja, aber nicht in erster Linie weil Arbeitslose eine neue Stelle fanden, sondern weil es weniger Entlassungen gab. Wegen des drohenden sozialen Absturzes und des politischen Drucks waren Beschäftigte und Gewerkschaften bereit zu Lohnzurückhaltung. ■

Von Gunnar Hinck

Fazit

**EINE FUNDGRUBE FÜR ALLE,
DIE SICH MIT NACHRICHTEN
NICHT ZUFRIEDENGEBEN**

PODCASTS

Edelmetall

Einmal im Monat geht der originelle Podcast der IG Metall Jugend auf Sendung. Viele Themen drehen sich um Ausbildungsfragen, etwa, ob mit der neuen Bundesregierung endlich Verbesserungen kommen. Der Podcast blickt aber weiter: In einem Beitrag wird die Netflix-Serie „Squid Game“ zum Anlass genommen, sich mit der sozialen Lage in Südkorea zu beschäftigen. Oder Moderatorin Linda Achtermann schaltet ihren Vater, einen ehemaligen Sekretär der IG Metall aus Wolfsburg, zu, der über eine Gewerkschaftsaktion gegen die NPD berichtet. ■

edelmetall.podigee.io

GEW-Tarifkampagne

Unter dem Hashtag „dasgewinnenwir“ bündelt die GEW ihre Kampagne zur aktuellen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder. Über dieses Schlagwort können Beiträge in den sozialen Netzwerken gefunden werden. Die GEW fordert unter anderem fünf Prozent mehr Gehalt und 100 Euro mehr für Auszubildende. Viele Mitglieder haben unter dem Hashtag ihre Kommentare gepostet. Bernhard, von Beruf Lehrer, schreibt: „Beifall hilft nicht: Angemessene Bezahlung für einen verlässlichen Dienst in Krisenzeiten.“ ■

#dasgewinnenwir

STIFTUNG ONLINE

Betriebsrätetag archiviert

Eine Zusammenfassung des jährlich stattfindenden Deutschen Betriebsrätetags liefert die Hans-Böckler-Stiftung auf ihrer Internetseite. Auf dem Zusammentreffen im alten Bonner Bundestag werden herausragende Projekte von Betriebsräten vorgestellt und prämiert. Diesjähriger Sieger ist der Betriebsrat des Hamburger Maschinenbauunternehmens Hauni: Der Betriebsrat konnte durch ein Alternativkonzept zu geplanten Umstrukturierungen Entlassungen vermeiden. Ein Blick in das Archiv zeigt, dass Innovationen schon lange zur Betriebsratsarbeit gehören: Bei BMW wurde schon 2014 eine Betriebsvereinbarung zum mobilen Arbeiten beschlossen. ■

www.imu-boeckler.de/de/deutscher-betriebsraetetag-18931.htm



„Otac – Vater“, SRB u. a. 2020, Regie: Srđan Golubović.
Mit Goran Bogdan, Boris Isaković

FILMTIPP

Walking Dad

Europa, das ist auch ein großes Gebilde voller prekärer Arbeit. Und wenn du arm bist, hast du Probleme, zum Beispiel kommen die Behörden und nehmen die Kinder mit. So ergeht es dem serbischen Arbeiter Nikola, der seinen Job umsonst erledigt hat. Der Chef hat einfach nicht bezahlt. Biljana, Nikolas Frau, hat die ewige Geldknappheit nicht ausgehalten, sich mit Benzin überschüttet und angezündet. Die beiden Kinder kommen ins Heim, man hält Nikola nicht für fähig, sie zu erziehen. In seiner Not beschließt er, nach Belgrad zu marschieren, um dort vorm Ministerium für Soziales zu protestieren.

Geld für den Bus hat er nicht, die meisten der gut 300 Kilometer geht er zu Fuß. Eine moderne, eine prekäre Kohlhaas-Figur: Die Behörden sollen sehen, wie weit Nikola – ganz wörtlich – für seine Kinder gehen wird. Sein Alltag ist geprägt von Nickligkeiten und Schere-reien, von denen die erbärmlichste wahrscheinlich die ist, dass die Nachbarn sein Haus während seiner Abwesenheit ausräumen. Auch ihnen mangelt es an allem. Aber aufgeben ist nicht, und eine sensationswitternde Medienlandschaft kommt ihm zu Hilfe: Als „Walking Dad“ liefert er den Boulevardmedien Rede und Antwort. Und während die Menschen im direkten Kontakt mit Nikola durchaus ihre Schäbigkeit zeigen, ist die medial vermittelte Reaktion paradoxerweise von Empathie gezeichnet. Und die hat Durchschlagskraft: Der Minister hat für den verzweifelter Vater bald einen Termin frei.

Srđan Golubović hat sich für sein Roadmovie auf Füßen, „Otac – Vater“, einen realen Fall vorgenommen, das Schicksal eines Mannes, der tagelang im Belgrader Regierungsviertel ausharrte. Der Film zeichnet eine Reise nach, die von Problemen der Armut und ihrem Widerstand erzählt. Nebenbei gelingt es dem Regisseur, ein Bild des Landes, seiner Einwohner und von deren oft halblegalen Einkommensstrategien als Globalschicksal zu zeichnen: „Ich bin überzeugt“, sagt Regisseur Golubović, „dass Nikolas Schicksal einen einfachen Menschen auf der ganzen Welt ereilen kann.“ Ein in seiner Rohheit und Botschaft überzeugender Film, der auf jedem Festival Preise abräumt. ■

Von Jürgen Kiontke

DEUTSCHER METALLARBEITERVERBAND
ZAHLSTELLE LEIPZIG



BEGRÜSSUNGSFEIER

zum 1. Reichsbetriebsrätekongreß des
Deutschen Metallarbeiterverbandes
Montag, 5. Dezember 1921, abends 8 Uhr,
im großen Volkshaussaale, Zeitzer Straße

Mitwirkende: Sängerkhor Leipzig-Thonberg
(Leitung P. Michael); Vereinigung zur Pflege der
Kammermusik für Blasinstrumente (Mitglieder
des Gewandhausorchesters); Frau Cläre Hansen-
Schultheß, Sopran (Mitglied der Städtisch. Theater);
Herr Georg Zscherneck, Lehrer am Leipziger Kon-
servatorium (Klavierbegleitung); Herr Hans Zeise-
Gött, Mitglied der Städtischen Theater (Rezitation)

Einlaß 7 Uhr / Anfang 8 Uhr

Flügel J. Rönsch, Vertreter Fr. Hupfeld

Bitte das Rauchen zu unterlassen!



Gastkarte

LEIPZIGER BUCHHANDLER A. W.

RÄTSEL Im Dezember 1921 kommen in Leipzig Hunderte Delegierte des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu einem Kongress zusammen. Das Treffen wird beherrscht von Diskussionen um die richtige Wirtschaftsverfassung.

Von Wolf-Dieter Rudolph

Im Jahr 1921 ist Deutschland ein Land, das sich nicht zwischen Hoffnung und Verzweiflung entscheiden kann. Zu frisch sind die verstörenden Eindrücke von den Schlachtfeldern des Krieges und den Bürgerkriegsszenen der Novemberrevolution. Das im Vorjahr verabschiedete Betriebsrätegesetz erscheint wie ein matter Abglanz dessen, was die Geschichte vielleicht in dieser Stunde bereitgehalten hatte. Die Versorgungslage ist drei Jahre nach Kriegsende immer noch angespannt. In den Gewerkschaftshäusern wogen die Diskussionen über steigende Lebensmittelpreise, die stockende Kohlever-sorgung und die Folgen des Versailler Vertrages hin und her. Vor diesem Hintergrund organisiert der zum Gewerkschaftsdachverband ADGB gehörende Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) einen „Reichsbetriebsrätekongress“, der Klarheit über die künftige Strategie schaffen soll.

Das Bürgertum bestimmt weiter die Geschicke Deutschlands – und den Geschmack der Arbeiter. Die Einlasskarte zur Begrüßungsfeier des Arbeiterparlaments wirkt wie die Einladung zu einem Konzertabend. Eine weibliche Gestalt zielt sie – wohl die „Liber-tas“, eine Allegorie der Freiheit. Doch was bringt den Arbeitern die echte Freiheit?

Die Veranstaltung findet vom 5. bis 7. Dezember im Leipziger Volkshaus statt. Das Gebäude, das im Vorjahr während des Kapp-Putsches durch die Reichswehr zur Ruine zerschossen wurde, ist erst seit dem 1. Mai wieder eröffnet. Es reisen 600 Delegierte an. Alle sind von den Betriebsratsmitgliedern, die dem DMV angehören, per Urwahl gewählt. Zukunftsweisend und die strikte Trennung

von „Hand-“ und „Kopfarbeitern“ ignorierend, nehmen an dem Kongress auch Delegierte des nicht zum ADGB gehörenden Allgemeinen freien Angestelltenbunds teil.

Die Delegierten stellen, in scharfer Abgrenzung zu den Führungen der meisten Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern eine „Arbeitsgemeinschaft“ gegründet und zugunsten des Achtstundentags sowie der Anerkennung als Tarifpartner auf weitere revolutionäre Forderungen verzichtet haben, die Besitzverhältnisse infrage. Sie fordern, die Wirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft umzuwandeln und die Kohle- und Eisenindustrie zu sozialisieren. Das Betriebsrätegesetz gilt ihnen als Kompromissgesetz. Der DMV-Vorsitzende Robert Dißmann, Mitgründer der USPD, wirft den Unternehmern vor, das Gesetz zu sabotieren.

In Leipzig werden auch etliche Defizite des Gesetzes offenbar wie die Unmöglichkeit, Konzernbetriebsräte einzurichten, oder das Fehlen gesetzlicher Vorschriften für Betriebsratsschulungen. Ganz oben auf der Liste mit Verbesserungsvorschlägen steht die Erweiterung der Rechte in wirtschaftlichen Fragen.

Die Journalistin, Gewerkschafterin und Reichstagsabgeordnete Tony Sender bedauert in einer Nachbetrachtung des Kongresses das Scheitern der Revolution von 1918, das wie ein Trauma gerade den linken Flügel der Gewerkschaften verfolgt. Die Ursachen sieht Sender weniger in der Zerrissenheit der „politischen Front der deutschen Arbeiterschaft“, sondern vor allem in der ausgebliebenen Vergesellschaftung der Produktionsmittel: „Politischer Sozialismus ohne ökonomische Grundlage muss zusammenbrechen.“ ■

Rätselfragen

Wie heißt der Verfasser eines Kommentars zum Betriebsrätegesetz, dessen letzte Auflage der Gesuchte 1931 gemeinsam mit Otto Kahn-Freund publizierte?

Der gegen den Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzte § 70 des Betriebsrätegesetzes bedurfte eines Ausführungsgesetzes, das im Februar 1922 verabschiedet wurde. Was wurde darin geregelt?

Tony Sender musste nach der Machtübernahme der Nazis aus Deutschland fliehen. Welches Land wurde ihr Exil?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 28. Januar 2022** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 5/2021

„Wilhelm Gustloff“
1947
München

Den 1. Preis hat Karl-Heinz Schlüter aus Göttingen gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Bettina Lidzba aus Berlin, Viktor Kolla aus Frankfurt, Myriam Concha Rafide aus Hanau.



BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZUR AUSGABE 5/2021,
„DREI FRAGEN AN OLIVER
NACHTWEY“

Haltelinie fehlte

Winfried Heidemann aus Duisburg schreibt:

„Professor Nachtwey macht es sich zu einfach mit der lockerflockigen Behauptung, Gerhard Schröder habe den Niedriglohnssektor ‚eingeführt‘. Um der Geschichte die Ehre zu geben: Nachdem sich in den 1990er Jahren ein Sektor niedriger Bezahlung schleichend entwickelt hatte, for-

derden die – als gewerkschaftsnah angesehenen – Professoren Wolfgang Streeck und Rolf Heinze 1999 in einem Spiegel-Artikel unter der Überschrift ‚An Arbeit fehlt es nicht‘ die Entwicklung eines Sektors niedrig bezahlter privater Dienstleistungen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Dafür sollte ein gesellschaftliches Regelwerk geschaffen werden, das ‚das Zustandekommen von Beschäftigung in niedrig produktiven und entsprechend gering entlohnerten Dienstleistungen nicht behindert‘. Es wäre eine Haltelinie nach unten durch einen gesetzlichen Mindestlohn erforderlich gewesen, die Frank-Walter Steinmeier und Walter Riester mit der Agenda 2010 einziehen wollten. Der damalige Leiter der Grundsatzabteilung der IG Metall, Wolfgang Schroeder, hat im Magazin Mitbestimmung 4/2013 an die Rolle der Gewerkschaften erinnert: ‚Als 2003 in der Regierung die Ein-

führung eines gesetzlichen Mindestlohns angedacht wurde, verwahrten sich zentrale Akteure aus den Gewerkschaften gegen diese ungebetene Einmischung in ihr ureigenstes Kerngeschäft.‘

Der Verzicht auf einen gesetzlichen Mindestlohn war einer der Webfehler der Agenda 2010, und der Niedriglohnssektor wuchs weiter. Es ist gut, dass die Große Koalition den Mindestlohn zum 1. Januar 2015 eingeführt und die kommende Koalition aus SPD, Grünen und FDP sich vorab auf eine deutliche Anhebung verständigt hat.“ ■

ZUM MAGAZIN

Der richtige Kick

Stefan Stelczamer aus Ginsheim-Gustavsburg schreibt:

„Nach Jahren der Arbeit als Vertrauensperson der schwerbehin-

derten Menschen werde ich jetzt zum Ende des Jahres meinen Arbeitgeber verlassen. Ich möchte mich noch für die vielen guten Informationen aus dem Magazin Mitbestimmung bedanken. Sehr häufig konnte in dem Magazin der richtige Kick gegeben werden, um weiter motiviert für behinderte Menschen tätig zu sein und die betrieblichen Hürden mit neuem Schwung zu überwinden. Danke!“ ■

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de



IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-,
Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB,
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Verantwortliche Geschäftsführerin:

Claudia Bodegan

Redaktion:

Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139

Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titeltitels: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistent: Angelika Söhne

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:

Signum communication GmbH, Mannheim,

Jutta Stuhlmacher, Nadine Grimmeisen

Titelfotos: Gang/China News Service; Karsten Schöne, Getty Images

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:

foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de. Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 1 | Februar 2022

Betriebsratswahlen

Im kommenden Jahr stehen wichtige Wahlen an: Von März bis Mai können viele Beschäftigte einen neuen Betriebsrat wählen. Die Februar- ausgabe des Magazins schaut bei Vertreterinnen und Vertretern der Menschen am Arbeitsplatz vorbei. Dabei geht es darum, was Betriebs- räte in den vergangenen Jahren bewegt haben, wie sie sich auf die Wahlen vorbereiten, wie sich Betriebsratsarbeit modernisieren muss und wie vielfältig die Gremien inzwischen eigentlich sind. Aber auch um die Schwierigkeiten von Betriebsratsarbeit und darum, mit welchen Widerständen sie zu kämpfen haben.

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
magazin-mitbestimmung.de



J.G. NIEDER- EGGER GMBH & CO. KG, ZEISSSTRASSE 1-7, 23560 LÜBECK

MARION ASSES, 60, lebt mit ihrer Familie in Lübeck.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Cordula Kropke**

„Ich bin seit zwölf Jahren bei Niederegger. Hier stellen wir das traditionelle Lübecker Marzipan her. Ich bin Schminkerin, das heißt, ich bemale das Marzipan mit Lebensmittelfarbe. Das ist vor allem bei Saisonartikeln gefragt. Zu Ostern sind es Hasen, zu Silvester tupfen wir Glücksschweinen dunkle Augen auf, und jetzt zu Weihnachten bekommen die Weihnachtsmänner ein Gesicht von mir.

Meistens sind wir zu viert in unserer Abteilung. Die Schicht beginnt um 6:45 Uhr und dauert bis 15:20 Uhr. Wenn Saisonartikel gefertigt werden, ist meist mehr zu tun. Dann wird die Abteilung kurzfristig auf bis zu zehn Kolleginnen aufgestockt. Auch ich habe mich damals als Saisonkraft beworben, nachdem mein Mann arbeitslos geworden war. Aus meinem gelernten Beruf als Friseurin war ich schon einige Jahre raus. Da hätte mich wohl kaum mehr jemand genommen. Aber Niederegger suchte Verstärkung und lag gleich um die Ecke.

Da ich schon immer ein Herz für das Dekorieren hatte, wurde ich als Schminkerin eingesetzt. Alternativ wären Bandarbeit oder etwa das Formen von Marzipanmasse möglich gewesen. Schminken ist noch echte Handarbeit. Wenn man Talent dafür hat, lernt man die meisten Motive in wenigen Tagen. Das Gesicht für einen Weihnachtsmann dauert bei mir mittlerweile nur noch 30 Sekunden. Am schwierigsten sind aber die Schattierungen von Gurken und Möhren aus Marzipan. Daran kann man auch jahrelang sitzen, bis man sie richtig hinkriegt.

Ich wurde recht bald in die Festanstellung übernommen und mag meine Arbeit bis heute, weil sie abwechslungsreich ist. Wir schminken fast jeden Tag etwas anderes. Für mich ist dieser Job ein Glücksfall; das Dekorieren liegt mir mehr als mein erlernter Beruf. Zudem sind die Kolleginnen nett, und ich habe mich hier an alles gewöhnt. Hier werde ich in Rente gehen. Warum sollte ich denn jetzt noch einmal eine andere Arbeit übernehmen?“

WSI

Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftliches Institut

WSI
TARIFARCHIV

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

2021 TARIFPOLITIK

Statistisches Taschenbuch

Das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung berichtet regelmäßig über das Tarifgeschehen in Deutschland. Es führt eine umfassende tarifbezogene Verdienst-, Arbeitszeit- und Beschäftigtenstatistik und beobachtet neue Trends der Rahmen- und Manteltarifpolitik.

Das Statistische Taschenbuch Tarifpolitik 2021 des WSI-Tarifarchivs hat Daten und Fakten zur Tariflandschaft und zur Tarifpolitik in Deutschland zusammengestellt. Tabellen, Übersichten und Schaubilder bieten zahlreiche Informationen zu den Themen Tarifvertragslandschaft, Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Tarifbewegungen, Streiks und Aussperrungen sowie Tarifregelungen in einzelnen Branchen.

Die einzelnen Tabellen gibt es auch online auf der Seite des WSI-Tarifarchivs: www.wsi.de/de/tarifarchiv-15262.htm



**SYSTEM
RELEVANT**

ANALYSEN DER STIFTUNG

In unserem Podcast „Systemrelevant“ analysieren neben Sebastian Dullien vom IMK auch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung mit Moderator Marco Herack, was Politik und Wirtschaft bewegt. Dabei geht es weiter um makroökonomische Zusammenhänge, aber auch um ökologische und soziale Herausforderungen und die Bedingungen einer gerechten und mitbestimmten Arbeitswelt.

Mit dabei sind: Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK); Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI); Johanna Wenckebach, Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht (HSI); Daniel Hay, Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.); Dorothea Voss, Leiterin der Forschungsförderung.